
zeck
das spielemagazin aus der roten Flora
GO FOR THE JACKPOT
PAYLINE
POLIZEI
POLIZEI
POLIZEI
Eine Lerche macht
noch keinen Sommer!

Werte Leser_innen,



...so langsam geht der Winter zu Ende. Ihr hattet euch wohl auch in einen Tiefschlaf verkrochen, zumindest erreichten uns diesmal nicht so viele Artikel. Eine CD ohne Beschriftung und Ausdruck ließ sich zudem nicht öffnen - darum an dieser Stelle noch mal, schickt immer einen Ausdruck mit. Das gibt uns zumindest die Möglichkeit den Artikel evt. selbst noch mal abzutippen.

Sicher habt ihr es erkannt, beim Titelbild ließen wir uns von der Einladung zur nächsten autonomen Vollversammlung am 15. März in Hamburg inspirieren. Wir haben in dieser Ausgabe das Protokoll der zweiten Season der autonomen VV abgedruckt und noch Nachträge zum bundesweiten autonom-kongress. Einen Schwerpunkt haben wir auf die Vorkommnisse in Kiel gelegt, die Schüsse auf die Alte Meierei und die erneuten Angriffe auf den Buchladen Zapata. Wir hoffen, dass sich möglichst viele von euch am 13. März auf den Weg zur Demo in Kiel machen.

Der europaweit größte Traueraufmarsch von Nazis in Dresden wurde verhindert. Das lag weniger an der von Dresdens Oberbürgermeisterin initiierten Menschenkette, wie zum Teil in Medien zu lesen ist, sondern vielmehr an der breiten Mobilisierung der Bündnisse "Dresden Nazifrei" und "no pasaran". Aber das Ganze lässt sich unserer Meinung nach trotzdem nicht ungebrochen als "Erfolg" abfeiern. Zum einen sind die Nazis zumindest in Teilen gelaufen (und das ca. 7 km auf dem Weg von ihren Bussen zum Kundgebungsort noch dazu lange unbegleitet!). Zum anderen verharrt das offizielle Gedenken mit inglourious Menschen-, Lichter- und "Opa war kein Nazi"- Ketten nach wie vor im Opfermythos Dresden. Wir haben einen kurzen Text zu Aktionen gefunden, die sich am 13. Februar in Dresden gegen die bürgerlichen Gedenkfeiern richteten.

Wir freuen uns übrigens sehr, wenn ihr uns bei der Verteilung der zeck unterstützt...

eure zeck-Redaktion



Inhalt

Inhalt	Seite
Kurzes	3
Antifaschismus Kiel	5
Roten Flora Solierklärung und Naziangriffe	8
Riverside hebt ab	9
Autonome VV	9
Orgagruppe zum autonomen Kongress	10
Rheinland-Autonome zum autonomen Kongress	12
Antisemitismus Diskussion	13
Keine Ruhe den NS-Tätern	13
Dresden	14
Athen	16
Anti-Atom	18
Kill Billy	19
Hausdurchsuchung RoteStraße	20
AGR	21

Floratermine gibts auf der Rückseite

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Art kel auf Datenträgern (CD, Diskette,...) mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. CD's und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck g bt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben g bt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Selbstverlag.

Soziales Zentrum Norderstedt wieder da!

Nach der Räumung und des darauffolgenden Abrisses des alten Sozialen Zentrums in der Ulzburger Straße vor über 4 Jahren fehlte in Norderstedt ein linkes, selbstverwaltetes Kommunikations- und Veranstaltungszentrum. Das konnten wir nicht hinnehmen!
Wir haben uns nicht geschlagen gegeben und jetzt, nach einer langen Zeit politischer Arbeit gibt es wieder ein Soziales Zentrum in Norderstedt. Das heißt, bis jetzt gibt es erst das dazugehörige Wohnprojekt, aber in absehbarer Zeit werden auch die Veranstaltungscontainer stehen. Und dann gibt es jede Menge Platz für deine / eure Gruppe, Projekte, Veranstaltungen und Ideen. Bringt euch von Anfang an ein und gestaltet diesen Raum nach euren Wünschen mit. Dieser Raum ist auch euer Raum und braucht eure Ideen.
Für ein freies, selbstbestimmtes und geiles Leben!

Rassistischer Polizeiübergriff, Hafenstrasse

Hamburg, 23.01.2010. In der Nacht zum 23. Januar sind 15 uniformierte Polizeibeamte in das Ahoi, den privaten Vereinsraum des Waterkant e.V., eingedrungen. Bei dem Vorfall wurde ohne Angabe von Gründen und allem Anschein nach willkürlich ein Stammgast in Gewahrsam genommen.
Die Beamten drangen gegen Mitternacht in den privaten Aufenthaltsraumein. Es wurden weder ein Durchsuchungsbeschluss noch Gründe für dasEindringen vorgelegt. Das Ahoi-Kollektiv als Betreiber desVereinsraumes wertet dies als Hausfriedensbruch. In den vergangenen Monaten ist es immer wieder zu Vorfällen gekommen, bei denen erfolglos nach angeblichen Straftätern gesucht wurde. Die Beamten haben keinerlei Angaben zu ihrem Vorgehen gemacht. Es ist davon auszugehen, dass auch für den Einsatz in der Nacht zum Samstag die Suche nach Straftätern als Grund für das Eindringen vorgeschoben wird.
Nach einer ergebnislosen Durchsuchung der Räumlichkeiten zog sich diePolizei zunächst zurück. Erst beim Abzug fiel einem Beamten ein älterer Herr dunkler Hautfarbe am Tresen auf. Nach dem Ausspruch "Da ist ja Einer!" nahmen die Beamten den Mann in Gewahrsam. Bei dem Mann handelt es sich um einen Stammgast, der bereits den ganzen Abend anwesend war.
Auf Nachfrage zum Grund der Ingewahrsamnahme verweigerten die Beamtenunter Hinweis auf das "Datenschutzgesetz" jeden Kommentar.
Für das Ahoi-Kollektiv und die anwesenden Gäste stellt diese Aktioneinen rassistischen Übergriff dar. Auch ist das Eindringen in denVereinsraum eine rechtlich bedenkliche Handlung. Das Ahoi-Kollektiv ist der Meinung, dass durch die willkürliche Ingewahrsamname eines Gastes der Einsatz im Nachhinein gerechtfertigt werden soll.Der Ausspruch "Da ist ja Einer!" in Bezug auf den einzigen Gast dunkler Hautfarbe legt eine fremdenfeindliche Einstellung der Polizeibeamten nahe. Das prägnante Aussehen des Gastes macht eine bloße Verwechslung sehr unwahrscheinlich. Es bleibt tatsächlich einzig seine Hautfarbe als Grund der "Auswahl".
Die Betreiber behalten sich vor, Rechtsmittel gegen den Polizeieinsatzeinzulegen.
Das Ahoi-Kollektiv

Morburgtrassenstop

Mit Erleichterung und Genugtuung haben die Umweltverbände BUND und ROBIN WOOD sowie die Anwohner-Initiative "Moorburgtrasse stoppen" den Beschluss des Hamburger Oberverwaltungsgerichts zur "Moorburgtrasse" zur Kenntnis genommen. Das Gericht hat heute die aufschiebende Wirkung der Klage des BUND gegen die Plangenehmigung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) wiederhergestellt. Die Fernwärmetrasse vom Kraftwerk Moorburg durch den Grünzug Altona zur Pumpstation Haferweg kann somit zumindest vorläufig nicht gebaut werden.
"Die Entscheidung des Gerichts ist für die Menschen und den Umweltschutz in Hamburg ein großer Erfolg", freut sich Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg. "Es durfte nicht sein, dass die Fällung von fast 400 Bäumen und eine 1,5 Kilometer lange Schneise durch öffentliche Parks ohne Planfeststellungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt werden. Das Urteil ist ein deutliches Signal an die Behörde, dass öffentliche Grünanlagen in der Stadt besonders schützenswert sind und deshalb nicht ohne Bürger- und Verbandsbeteiligung zerstört werden dürfen", so Manfred Braasch. Rechtsanwalt Michael Lührs von der Kanzlei "Günther Heidel Wollenteit Hack Goldmann" hatte das Urteil für den BUND Hamburg erstritten. Auch der Umweltverband ROBIN WOOD und die Anwohner-Initiative "Moorburgtrasse stoppen" sind hoch erfreut über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts: "Eine rechtskonforme Planung sollte eine Selbstverständlichkeit sein. In Hamburg aber muss sie erst von Umweltschützern und engagierten Bürgern vor Gericht erkämpft werden", so die Verbände.

Mövenpick ist nicht befriedet

Oberlandesgericht bestätigt Freispruch-Urteil gegen Mövenpick-Hotelgegner wegen Hausfriedensbruch. Ohne Zaun ist eine Grünfläche "nicht befriedet".
Wer seine Grünfläche vor seinem Gebäude offen gestaltet und keine physische Barriere errichtet, hat sein Besitztum nicht befriedet. Wenn dieses Gelände also von Fremden betreten wird, ist das kein Hausfriedensbruch. Mit dieser Begründung wies am Mittwoch das Hanseatische Oberlandesgericht die Revision der Generalstaatsanwaltschaft gegen ein Urteil des Landgerichts ab. Dieses hatte den Aktivisten X für den Erhalt des Schanzenparks vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen. "Es muss für Jedermann erkennbar sein - nicht nur für Hotelgegner, sondern



auch für Touristen oder Interessierte: wenn ich diesen Rasen betrete, begehe ich Hausfriedensbruch", sagt der Vorsitzende Richter Klaus Rühle.

Im konkreten Verfahren ging es um zwei Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs gegen X aus dem Jahr 2007. Einmal hatte er mit seinem Hund spät abends die Grünfläche des umstrittenen Mövenpick-Hotels im Wasserturm betreten, um einen dorthin geflogenen Ball zu holen. Das andere Mal hatte er in eine der Glaspyramiden geguckt, die als Lichtschacht für die Konferenzräume fungiert. Mövenpick und die Polizei, die lange den Hotelneubau bewachte, hatten sich 2007 darauf verständigt, dass die Randsteinkante, die den öffentlichen Rundweg um den Turm von der Rasenfläche abgrenzt, als Markierung des Eigentums angesehen wird, wo für Hotelgegner der Hausfriedensbruch beginnt.

Nach herrschender Rechtsprechung und einem Urteil des Reichsgerichts von 1884 tritt "befriedetes Besitztum" jedoch nur ein, wenn das Gelände durch "zusammenhängende Schutzwehren gegen das Betreten durch Fremde gesichert ist" - also eine Mauer, Hecke oder einen Zaun. "Ein physisches Hindernis ist die Randsteinkante mit Sicherheit nicht", sagt Rühle.

Auch die durchlässigen Heckenteile, die versetzt und mit zwei Meter breiten Durchlässen gepflanzt sind, stellten kein physisches Hindernis dar. "Das mag ein Sichtschutz sein, aber keine Einfriedung", befindet Rühle. Die Grünfläche um den Turm herum ließe auch keinen "funktionalen Zusammenhang" zum Hotel erkennen, wie es etwa beim Vorgarten eines Einfamilienhauses der Fall ist. "Wer sich den offenen Parkeindruck gewollt zu Nutzen macht, hat kein befriedetes Besitztum", bekräftigte Rühle. "Da hilft auch kein Schild: ‚Betreten des Rasens verboten.'"

Die juristische Ohrfeige für die Mövenpick-Betreiber, den Staatsschutz der Polizei und die politische Staatsanwaltschaft wird weitreichende Konsequenzen haben. Gegen Hotelgegner sind nahezu 100 Verfahren wegen Hausfriedensbruchs anhängig, die nun eingestellt werden müssten. Erst vor wenigen Wochen hatte es im Verlauf einer Aktion neue Strafanträge gegeben. Gegen Xs. Lebensgefährtin Y, gegen die die Polizei Ende 2007 wegen der diverser Anzeigen ein "Parkverbot" verhängt hatte, sind allein 35 Verfahren anhängig.

Auch viele Verfahren wegen Widerstands gegen Polizeibeamte, die oft als Folge des vermeintlichen Hausfriedensbruchs eingeleitet worden waren, wenn Leute den Aufforderungen der Polizisten nicht sofort Folge geleistet haben, könnten platzen. Denn wenn sich jemand gegen unberechtigtes Polizeivorgehen mit "physischen Widerstand durch Sperren" sträubt, kann die einfache Widerstandshandlung nach Paragraf 113 Absatz 2 Strafgesetzbuch strafffrei sein.

Auch nach Auffassung des Hamburger Staatsrechtlers und Rechtswissenschaftlers Ulrich Karpen ist es "legitimes Recht", einem Polizeihandeln energisch zu widersprechen und sich zu sperren, "wenn dies allem Anschein nach unberechtigt" sei

Aus der Taz geklaut.

Zürich

Ein Fest der Revolte

Zweifellos, der vergangene Samstagabend [06.02.2010] war ein Fest. 500-800 Leute nahmen sich die Strassen Zu¨richs und kreierten einen Handlungsspielraum, der sich täglich zu verringern scheint.

Zahlreiche Personen aus verschiedensten sozialen Hintergründen ergrifen gemeinsam die Gelegenheit, um das anzugreifen, was die alltägliche Unterdru¨ckung und die Macht der Reichen repräsentiert; oder schlicht, um dieser Stadt ihr heuchlerisches Antlitz zu nehmen. Freudig wurde mit Hämmern und Steinen zumindes fu¨r kurze Zeit das dicke Eis der sozialen Befriedung durchschlagen. Trotzdem glauben wir weniger, dass zerbrochene Scheiben die Welt verändern, sondern vielmehr die Idee der Revolte, die Verbreitung findet; gestu¨tzt auf den Traum eines Zusammenlebens, das sich dadurch bereichert, dass sich jede und jeder frei und als Einzigartige/r verwirklichen kann. Wenn wir Steine nach Bullen werfen, dann weil wir in den Autoritäten jeglicher Art die Mörder dieses Traumes sehen. Wenn wir Banken und Verwaltungsgebäude verwu¨sten, dann um bereits jetzt die Idee einer Welt ohne Geld und ohne Bu¨rokratie zu bekräftigen. Es sind nicht die Tru¨mmer, die wir suchen, sondern die Wege, die durch sie hindurchfu¨hren. In Momenten der Revolte tritt die Möglichkeit ans Licht, die Normalität, die Unterwerfung und die Akzeptierung des Alltags zu durchbrechen, um Fragen zu stellen und mit Antworten zu experimentieren, die sich der Politik entziehen. Nun, da man sich Raum geöffnet hat, was kann man damit tun? Wie sich dem Staat entgegenstellen? Wie den Bruch mit der Normalität ausbreiten und andauern lassen? Wie gefährlich werden? Gewiss nicht indem man sich eine Nische fu¨r Alternativkultur oder -ökonomie schafft, die schliesslich nur nach einer Existenzberechtigung sucht. Der Staat wird ohne generalisierten Aufstand der Ausgebeuteten nicht verschwinden, genausowenig wie die Reichen und Mächtigen widerstandslos ihre Privilegien aufgeben werden. Die Rebellion kann sich auf unterschiedlichste Arten ausdru¨cken, doch von dem Moment an, wo mit der kompromisslosen Idee, jegliche Form von Herrschaft zuru¨ckzuweisen, weder Forderungen gestellt, noch Verhandlungspartner akzeptiert werden, von diesem Moment an mag etwas beginnen, dass wieder an uns selbst liegt...

Diese gewaltige Maschinerie, die uns jegliche Freiheit raubt, um sie dann in der verkehrten Welt der Waren wieder feilzubieten, uns in Knästen, Psychiatrien und Ausschaffungszentren einsperrt, um alle an das Strafgesetzbuch zu ketten, uns kontrolliert und erniedrigt, uns täglich in die Schule oder zur Arbeit zwingt, fu¨r die Zwecke einer Gesellschaftsordnung, die gewiss nicht die unsrige ist; diese Maschinerie wird an konkreten Orten von reellen Personen erbaut, betrieben, repariert und beschu¨tzt. Es ist nicht nötig mit 500 Leuten zu sein, um anzugreifen. Eine kleine Gruppe vertrauter Freunde reicht aus. Die Nacht steht auf unserer Seite...

Nichts ist Vorbei!
Für eine herrschaftsfreie Welt!



YOU'LL NEVER WALK ALONE!

Solidarität mit der Alten Meierei und allen Betroffenen faschistischer Gewalt! Nazistrukturen in Kiel und andernorts zerschlagen - linke Gegenkultur stärken!

In der Nacht zum 20. Januar 2010 wurde das linke Kultur- und Wohnprojekt Alte Meierei in Kiel mit scharfer Munition beschossen. Mindestens zwei Schüsse wurden auf ein beleuchtetes Fenster des Wohnbereichs abgefeuert. Die Projektile durchschlugen das Fenster und trafen die Decke des Zimmers. Eine Person, die sich zeitgleich in dem Raum aufhielt blieb glücklicherweise unverletzt.

Was es bedeutet, wenn auf die Alte Meierei geschossen wird; welche Entwicklung von Angriffen auf linke und alternative Projekte in Kiel den Schüssen voraus ging; welche Faktoren in der Stadt und im politischen Mainstream diese Entwicklung begünstigt haben; warum wir trotz unbekannt gebliebener TäterInnen kaum Zweifel daran haben, dass die Urheberschaft in der Neonaziszene zu suchen ist und warum wir dazu aufrufen, sich offensiv solidarisch mit den NutzerInnen und BewohnerInnen der Alten Meierei sowie allen Betroffenen von faschistischer Gewalt zu erklären, wollen wir an dieser Stelle zum Thema machen.

Die Alte Meierei:
Lokales Hassobjekt emanzipationsfeindlicher Unsympathen

Dass die Alte Meierei Ziel von Angriffen wird, ist nichts neues. Die Alte Meierei, aus den Kämpfen der HausbesetzerInnenbewegung der 1980er hervorgegangen, steht seit mittlerweile 26 Jahren für den Versuch, Gegenkonzepte zur herrschenden Gesellschaftsordnung zu entwickeln: Dies tut sie, indem sie institutionalisierten Hierarchien das Prinzip der Autonomie und der Selbstverwaltung entgegensetzt und den Anspruch hat, alltägliche Unterdrückung und Ausgrenzung mit einem Klima der Solidarität unter den NutzerInnen einzudämmen. Darüber hinaus ist die Meierei Infrastruktur sowie ein Ausgangsort außerparlamentarischer linker Politik in Kiel. In ihren Räumlichkeiten treffen und vernetzen sich politische AktivistInnen, hier haben unkonventionelle Subkulturen ein zu Hause und es finden Veranstaltungen statt, die die großen und kleinen Unerträglichkeiten bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse zum Thema machen.

Mit diesem Selbstverständnis findet die Meierei nicht nur viele FreundInnen in der Landeshauptstadt und kann sich auf ein relativ großes Umfeld von NutzerInnen und UnterstützerInnen stützen, sondern ist auch immer wieder Versuchen ausgesetzt, ihre lebendige und von der Norm abweichende Kultur zu zerstören. Diese kamen einerseits von ordnungsfanatischen städtischen Behörden und reaktionären Regierungen im Rathaus der Stadt Kiel. Ihr Höhepunkt war ein unter dem Vorwand von Brandschutzforderungen durch die damalige schwarz-grüne Koalition verhängtes, fast einjähriges Veranstaltungsverbot in den Jahren 2005/06, welches erst durch eine groß angelegte Solidaritätskampagne abgewehrt werden konnte. Andererseits ist die Alte Meierei seit ihrer Existenz auch immmer wieder mit ganz direkten, offen gewalttätigen Angriffen konfrontiert, die auf das Konto von Neonazis gehen. Diese verachten nicht zuletzt deshalb die Meierei, weil sie wissen, dass sie wichtiger Teil und Symbol der antifaschistischen Bewegung Kiels ist, welche seit Jahren dafür sorgt, dass die Versuche der Nazis in der Stadt Fuß zu fassen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sind.

Seien es sich vor der Alten Meierei zusammen rottende Nazihorden Anfang der 1990er, seien es eingeschlagene Scheiben 2005, seien es der glücklicherweise nicht gezündete Brandsatz, Combat18 -Parolen und Aufmarschversuche gegen die Wiedereröffnung 2006 oder der Überfall auf vermeintliche BesucherInnen einer Antifa-Party im vergangenen Jahr: Den Schüssen vom 20.1. gingen eine Vielzahl Versuche von Neonazis voraus, die BewohnerInnen und NutzerInnen der Alten Meierei einzuschüchtern, zu bedrohen und zu gefährden, mit dem Ziel, deren offen nach außen getragenes antifaschistisches und linkes Selbstverständnis zu bekämpfen.

Wir sehen die Schüsse in diesem Zusammenhang in Anbetracht der Inkaufnahme der unmittelbaren Tötung von Menschen als eine andere, weitere Stufe der Eskalation von Angriffen auf die Alte Meierei.

Die Schüsse im Kontext der jüngsten Entwicklung Kieler Nazistrukturen

Die Angriffe auf die Alte Meierei stehen stellvertretend für eine Realität, mit der letztlich alle Projekte, die sich offen zu linker Politik, einer antifaschistischen Grundhaltung oder einem alternativen Lebensstil bekennen, konfrontiert sind.

Diese Realität wurde gerade auch in der Entwicklung der Kieler Neonaziszene, vor allem in den letzten zwei Jahren, immer wieder sichtbar. Im Fahrwasser des bundesweiten Trends der "Autonomen Nationalisten" entstand hier aus langjährigen Nazikadern und jüngeren Nachwuchsnazis die sogenannte "Aktionsgruppe Kiel", welche die kurzzeitige Dominanz einer sich eher spießbürgerlich gebenden NPD bei den Kieler Neonazis aufbrach.

Die "AG Kiel" knüpft seit ihrer Gründung Anfang 2008 mit ihrem Habitus, ihrem offenen Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus und personellen Kontinuitäten an die Ausrichtung der hiesigen Naziszene um die Jahrtausendwende an. Sie machte seither vor allem durch Angriffe auf linke und alternative Projekte und Personen auf sich aufmerksam, eine Vielzahl eingeschlagener Scheiben und mehrere körperliche Angriffe auf vermeintliche oder tatsächliche NazigegnerInnen gehen auf ihr



Konto. Aber auch Propagandaaktionen und Wahlunterstützung für die NPD, zu der durchgehend gute Kontakte und personelle Überschneidungen bestehen, gehören zum Programm der "AG Kiel". (vgl. hierzu: www.antifa-kiel.org/index.php/chronologie.html) Doch nicht nur in Kiel sondern auch in anderen Teilen Schleswig-Holsteins kam es zu ähnlichen Entwicklungen, welche sich z.B. durch eine Vielzahl von Naziattakken in Neumünster oder durch den Brandanschlag auf das linke Zentrum T-Stube in Rendsburg im Juni '09 zeigten.

Die Schüsse auf die Alte Meierei sind im Kontext dieser Abfolge von Naziaktivitäten zu sehen - sie sind nicht vom heiteren Himmel gefallen. Dass Neonazis immer wieder durch den Gebrauch von Schusswaffen und Morden an ihren GegnerInnen und Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, auffallen, ist weder in der BRD noch anderswo etwas Neues. Es ist nicht überrraschend, dass auch die lokale Neonaziszene Zugang zu Schusswaffen hat: Nachweisliche Verwicklungen von schleswig-holsteinischen Neonazis, die teils in Verbindung zur Kieler Naziszene stehen, in den Waffenhandel sind bekannt. Und nicht zuletzt zielt die nationalsozialistische Ideologie programmatisch auf die rassistisch und antisemitisch motivierte Vernichtung und der gewaltsamen Unterdrückung von Menschen ab.

Was neu ist an den Schüssen auf die Alte Meierei, ist die Tatsache, dass diese im Kiel des 21. Jahrhunderts nicht mehr nur theoretische Möglichkeit, sondern Tatsache geworden sind. Es ist von daher wichtig zu überprüfen, welche Faktoren eine solche Entwicklung begünstigt haben und wie man ihr entgegen wirken kann.

KN und Kieler Polizei: Kleinreden, Totschweigen, Denunzieren

Verfolgt man die Kieler Neonaziaktivitäten der letzten Jahre regelmäßig, fällt auf, dass ihr Umfang in keinem Verhältnis zur Berichterstattung der lokalen Medien steht, deren weitgehendes Monopol in der Landeshauptstadt die Kieler Nachrichten innehaben. Hier ist von Naziübergriffen, wenn überhaupt und wider besseren Wissens nur in Randnotizen zu lesen - von Naziaktionen, die nichts mit spektakulären gewalttätigen Übergriffen oder Auseinandersetzungen zu tun haben, ganz zu Schweigen. Ausnahmen sind Fälle, in denen diese nach aufwendigen antifaschistischen Öffentlichkeitskampagnen nicht länger unter den Teppich gekehrt werden können oder wenn nach KN-Gesichtspunkten vermeintlich Unbeteiligte Opfer von Nazis wurden.

Wenn AntifaschistInnen versuchen, das Verteilen rassistischer Flugblätter zu stören, lassen in den KN "Extremisten [...] die Fäuste fliegen" (KN, 2.2.09). Wenn Neonazis öffentlich antisemitische Hetze verbreiten, ist im KN-Sprech in kaum zu überbietender Verharmlosung von einer "der rechten Szene nahestehenden Organisation", von "Nationalen Sozialisten in deiner Stadt", die "einen kritischen Umgang mit dem Nahostkonflikt" fordern die Rede (KN, 10.3.09). Verhindern viele AntifaschistInnen, dass Neonazis ausgerechnet am 8. Mai in der Innenstadt mit einem geschichtsrevisionistischen Propagandatisch die durch die Alliierten herbeigeführte Befreiung Europas von dem Terror des deutschen Faschismus betrauern können, schreiben die KN von einem "Infostand der Rechten", "auf dem etliche Informationsblätter lagen" weil "vor 64 Jahren [...] am 8. Mai der Zweite Weltkrieg [endete]", auf den "Mitglieder des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus versuchten, mit Lautsprecherdurchsagen [...] aufmerksam zu machen" (!) (KN-online, 8.5.09). Wird wie am 18. April 2009 ein Mensch aufgrund seines Erscheinungsbildes von Nazis ins Koma geprügelt, ist dies den KN zwar einige Schlagzeilen wert, allerdings ohne dies in aller Deutlichkeit als faschistische Gewalt zu benennen, sondern geschehen "während gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen extremen Linken und Rechten" (KN-online, 18.4.09).

Die Argumentationen der KN folgen stets dem gleichen Muster: "Extremisten" tragen ihre Privatfehde aus oder wahlweise werden sogar "der Rechten nahe stehende kritische FlugblattverteilerInnen" von "linken Störern" bedroht, während die Polizei die Lage immer schnell im Griff hat und die Leidtragenden entweder "Unbeteiligte" oder auch nur der Straßenverkehr sind (KN, 8.4.09). Dutzende kaputte Fensterscheiben in linken Projekten passen nicht in dieses Schema und so erlaubt es die KN-Logik, dass auch Kinderläden wie der in der betroffenen Hansastraße 48, schnell mal Teil eines "unpolitischen Bandenkrieges" werden.

Werden die KN mit ihrer Berichterstattung konfrontiert, welche Naziaktivitäten konsequent totschweigt oder verharmlost, verweist sie in guter deutscher Obrigkeitshörigkeit auf Anweisungen der Polizei, die Geschehnisse bewusst zu vertuschen, um diese "unpolitischen Bandenkriege" auf Kiels Straßen nicht weiter anzuheizen. Diese Strategie der gezielten Entpolitisierung und Verharmlosung von Naziaktivitäten ist in Kiel nichts neues und wird von der lokalen Polizeiführung seit Jahren gefahren - und wird auch dort nachfragenden PressevertreterInnen nahe gelegt. Während Medien von außerhalb sich oft wenigstens ein Mindestmaß an kritischem journalistischem Selbstverständnis bewahrt haben und die Propagandamärchen der Polizei hinterfragen und eigenständige Recherchen vornehmen, will man in Kiel, wenn es um Neonazis geht, seinen guten Draht zur Polizei nicht riskieren, ruht sich aus im unbedingten Glaube an staatliche Autoritäten und ist vor allem ideologisch auf einer Linie. Dass die wenigen KN-Artikel zum Thema dann gern mal den exakten Wortlaut der dazu gehörigen Polizeimeldungen übernehmen, wundert da wenig. Dass den KN selbst scharfe Schüsse auf die Alte Meierei nur einige Sätze wert sind, genau so wenig.

"Lechts, rinks - alles dasselbe!" - Extremismusbegriff und bürgerliche Ideologie

Die zutiefst unseriöse Berichterstattung der KN bei den Themen Neonazismus und Antifaschismus sowie Angriffen auf linke Projekte ist allerdings kein Zufall oder gar eine Kieler Besonderheit. Hinter ihr steht eine Ideologie, die politischer Mainstream ist und sich vom Bundestag bis zum Stammmtisch in die Mehrheitshirne eingebrannt hat: Die sogenannte Extremismustheorie. Hierbei handelt sich es um eine vom "wissenschaftlichen" Flügel des Verfassungsschutzes voran getriebene intellektuelle Tiefstleistung, die die Gesellschaft in eine so genannte politische Mitte und "extremistische" Ränder aufteilt und alles, was sich gegen die bestehende Gesellschaftsordnung richtet oder dafür gehalten wird, gleichsetzt und bekämpfen will. Dabei sollte es selbst aus einer rein wissenschaftlichen Perspektive schon stark verwundern, dass ein Geheimdienst überhaupt so etwas wie politikwissenschaftliche Forschung betreibt und damit Einfluss auf die öffentliche Meinung nimmt. Der Extremismusbegriff ist in der Tat allein vom Verfassungsschutz und einigen seiner offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter in die Debatte eingeführt worden. Zusammen mit einigen anderen PolitikwissenschaftlerInnen begründeten sie eine neue Sparte der Politikwissenschaft - die Extremismusforschung.

Dieser ist es egal, warum oder zu welchen Gunsten das Bestehende abgelehnt wird: Ob an die Stelle der bürgerlich-kapitalistischen Grundordnung ein faschistisches Mördersystem, ein reaktionärer Gottesstaat oder eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung gesetzt werden soll, ist der Extremismustheorie einer-

lei. Sie hält das Bestehende für das einzig nicht-"extremistische" und kann sich trotz weltweitem Kriegszustand, Armut, Hunger, Krisen, Umweltzerstörung und allgemeiner gesellschaftlicher Verwahrlosung nicht vorzustellen, dass es etwas besseres geben könnte. Mit solch einer Logik ist die Extremismustheorie zwar alles andere als rational und zu keiner wertvollen Erkenntnis zu gebrauchen, aber eignet sich hervorragend zur Betonierung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und zur Abwehr jeglicher Kritik. Das Bestehende wird zum ideologischen Dogma und alles andere zum äußeren Feind: Ob jemand dabei für die Versklavung und Vernichtung von Menschen oder für deren Gleichheit und Freiheit einsteht - der Extremismusbegriff verschleiert politische und gesellschaftliche Zielsetzungen, erklärt nichts und nutzt ausschließlich dem Fortbestand des herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Systems. Darüber hinaus dient die Gleichmacherei von "Links" und "Rechts" dazu, den ideologischen und historisch belegten Zusammenhang zwischen bürgerlicher Gesellschaft und faschistischer Herrschaft und Bewegung unsichtbar zu machen und sie war und ist in der postfaschistischen BRD ein beliebtes Mittel zur Abwehr und Verschweigung deutscher Schuld an der Shoa und dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg.

Dass die Extremismustheorie vor allem in Deutschland offene Türen einrennt, wo die Feindschaft gegenüber allem Linken von Bismarcks Sozialistengesetzen über den deutschnationalen und nationalsozialistischen Antikommunismus und die konservative Interpretation der Totalitarismustheorie bis heute eine lange Tradition hat, ist nicht verwunderlich. Der bürgerliche Wunsch nach Ruhe und Ordnung statt nach Austragung gesellschaftlicher Konflikte und der Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse ist fest in der nationalen Identität verankert.
Gerade aktuell wird versucht, die Extremismustheorie nicht nur als Ideologie weiter zu verfestigen, sondern auch verstärkt praktisch in die Tat umzusetzen: In der derzeitigen Diskussion der Bundesregierung Anti-Rechts-Programme in Anti-"Extremismus"-Programme umzuwandeln; in Politik und bürgerlichen Medien, wenn im Zusammenhang mit brennenden Autos in Berlin gegen "linke Hassbrenner" und "rotlkckierte Faschisten" gehetzt wird; wenn über die Zunahme von Gewalt gegen PolizistInnen geschwafelt wird oder wenn antifaschistische Großmobilisierungen (wie gegen den Nazigroßaufmarsch in Dresden) kriminalisiert werden - all dies geschieht unter Bezugnahme auf die Extremismuskeule. Dieser armseligen Logik folgt natürlich auch eine KN-Berichterstattung, die Nazis mit AntifaschistInnen gleich setzt und ausgerechnet die Polizei für die einzig glaubhafte Instanz hält. Diese "antiextremistische" Logik, welche politische Zusammenhänge von Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Nazis nicht erkennen will und keinen Begriff von deren Notwendigkeit hat, offenbart ihre fatalen Folgen dann, wenn auf die Alte Meierei scharf geschossen wird, aber die Stadt von keinem Aufschrei der Solidarität erfasst wird, die über vergleichsweise kleine Kreise hinaus geht.

Unsere Antwort: Solidarität, Gegeninformation, antifaschistische Praxis und Gegenkultur
Wir werden dieses institutionalisierte Schweigen über die wiederkehrenden Angriffe auf linke und alternative Projekte in Kiel auch weiterhin nicht hinnehmen. Wenn der Großteil der städtischen Öffentlichkeit in ihrer "antiextremistischen" Verblendung keine Notwendigkeit darin sieht, die Bedrohung durch bewaffnete Nazis und die Angriffe zu thematisieren, müssen einmal mehr alle Menschen, für die dies eine politische Selbstverständlichkeit ist, dafür sorgen, dass die aktuelle Notwendigkeit dieses Kampfes in den Köpfen der hier Lebenden ankommt.

Wenn die "extremistische Mitte" den Betroffenen von Nazigewalt selbst mit einem ignoranten Achselzucken die Schuld für faschistische Übergriffe in die Schuhe schieben will, weil sie die Nazis ja nicht durch ihre antifaschistische Arbeit hätten provozieren müssen, weil sie ja niemand zwingt, mit ihrer dunklen Hautfarbe hier zu leben oder weil ihre Lebensform ja auch nicht ganz normal ist, werden wir uns solidarisch mit ihnen erklären, denn gemeint sind alle, die nicht in das beschränkte Nazi-Weltbild passen. Wir werden weiter Rasssismus, Antisemitismus und Nationalismus in all seinen Formen kritisieren und angreifen. Dies ist nicht nur eine Notwendigkeit, die sich aus der mörderischen deutschen Geschichte als Mindestkonsequenz ergibt, sondern es ist eine Selbstverständlichkeit, die uns als Menschen, die auch weiterhin die radikale Verwirklichung von Freiheit, Gleichberechtigung und Solidarität unter allen Menschen zum Ziel haben, antreibt. Wir werden Nazis auf der Straße und wo immer sie auch sonst ihre Ideologie der Versklavung und des Massenmordes verbreiten wollen, mit nötiger Härte entgegentreten, ihre Strukturen offen legen und ihr menschenfeindliches Wirken verhindern - solange, bis diese endgültig auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sind. Wir lassen und nicht von KN, Polizei und der Ideologie der handlungsunwilligen "ExtremistInnen der Mitte" denunzieren und werden linke Politik verteidigen.

Wenn auf die Alte Meierei geschossen wird, werden wir die Kultur für die sie steht stärken, werden linke Zentren und alternative Lebensformen vor Angriffen, von wem auch immer sie kommen, schützen und ihre Infrastruktur nutzen und ausbauen. Wir werden weiter eine offensive antifaschistische Gegenkultur leben - in der Alten Meierei und überall sonst. Wir werden an all dem, dem die Schüsse auf die Alte Meierei galten, festhalten und sehen uns genau deshalb in seiner Wichtigkeit bestärkt!

Wir sind nicht allein und machen weiter: Mit linken Zentren antifaschistisch in die Zukunft!

Kommt zur Demonstration:
Samstag, 13.3.2010 | 14.00 Uhr
Bahnhofsvorplatz | Kiel
Am Abend gibt es Essen und musikalisches Programm in der Alten Meierei



Solidarität mit der Alten Meierei! Nazistrukturen angreifen!

Kommt alle zur antifaschistischen Demonstration am 13.03.2010 nach Kiel!

Am 20. Januar 2010 wurde durch bisher unbekannt gebliebene Täter_innen der Naziszene mit scharfer Munition auf die Alte Meierei in Kiel geschossen. Die Schüsse wurden auf den einzigen beleuchteten Raum abgegeben, in dem sich eine Person aufhielt. Es ist nur dem Zufall zu verdanken, dass niemand verletzt und ernstlich zu Schaden gekommen ist.

Der Einsatz von scharfer Munition gegen die Alte Meierei ist Teil einer Kette von zahlreichen Aktionen von Anhänger_innen der Naziszene in den letzten Jahren gegen ein ausgewiesenes linkes und antifaschistisches Projekt. Die Alte Meierei wird dabei stellvertretend angegriffen für eine linke Politik, die sich mit den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen ebenso wenig abfinden will, wie mit der Existenz einer menschenverachtenden Politikinhalte propagierenden Naziszene in Kiel und andernorts. Der Hass der Nazis gegen die antifaschistische Linke trifft sich dabei mit der offenen Ablehnung linker Politik bei u.a. den Verantwortlichen in Kieler Behörden, der Kommunalpolitik und bürgerlichen Parteien. Nicht ohne Grund wurden zuletzt die Schüsse auf das Projekt durch Politik, Polizei und Medien mehr oder weniger totgeschwiegen. Ansonsten folgen öffentliche Reaktionen auf gewalttätige Naziübergrifffe dem üblichen Schema vermeintlich "unpolitischer Auseinandersetzung von Jugendbanden" oder werden aber unterschiedslos als "extremistische Gewalt" verharmlost. Dem setzten wir unsere antifaschistische Solidarität mit einer entschlossenen und kämpferischen Demonstration entgegen. Es gilt aber auch über den Tag hinaus gegen Nazigewalt einzutreten, die zu anderer Zeit und an anderen Orten jeden und jede treffen kann, die nicht in ihr reaktionär-faschistisches Weltbild passen. Deswegen rufen wir auch ausdrücklich dazu auf, sich an den Aktivitäten und der Mobilisierung zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 27.03.2010 in Lübeck zu beteiligen.

Solidarität ist eine Waffe! Kampf dem Faschismus an jedem Ort!

Rote Flora, 24.2.2010

Überfall auf den Buchladen Zapata

Am frühen Morgen des 18.02.2010, gegen 4 Uhr, wurden zwei Schaufensterscheiben des alternativen Buchladens Zapata im Jungfernstieg in Kiel eingeworfen. Die noch unbekannten Täter benutzten dafür kleine Betonplatten und flohen offenbar sofort. Gegen 6 Uhr benachrichtigte ein Passant die Polizei, die vor Ort aber keine weiteren Spuren finden konnte.
Seit vielen Jahren ist der Buchladen Zapata immer wieder Ziel von Angriffen aus der Kieler Naziszene. Zuletzt häuften sich die Vorkommnisse: schon im April 2008 und im Februar 2009 wurden die Scheiben des Ladens eingeworfen. Mittlerweile gehen auch die Behörden stark davon aus, dass die Angriffe aus der Naziszene stammmen.Der breite antifaschistische Protest gegen den rechten Aufmarsch zur Erinnerung an die Bombardierung Dresdens im Februar 1945, der zu einem kümmerlichen Ergebnis für die Nazis führte, könnnte Anlass für diesen neuerlichen Angriff gewesen sein. Enttäuscht über ihren Misserfolg riefen Nazis auf einschlägigen Internetseiten zu lokalen Einzelaktionen auf - wie möglicherweise dieser Vorfall.

Dennoch ist dieser Überfall kein Einzelfall und steht im Zusammenhang mit sich häufenden Aktionen der kleinen, aber aktiven Nazigruppierung in Kiel, die der NPD und den ?Autonomen Nationalisten? nahe steht. In den letzten zwei Jahren wurden verschiedene alternative Projekte und Privathaushalte Ziel der rechten Angriffe: ein Wiker Wohnprojekt, die Hansastraße 48, die Alte Meierei (vor wenigen Wochen erst Ziel eines Angriffs mit einer Schusswaffe), eine Rechtsanwaltskanzlei und ein Treff- und Kommunikationspunkt in Gaarden sind Beispiele. Dies beweist die besorgniserregende Zunahme rechter Gewalt in Kiel und im Kieler Raum, wie sie auch von Beispielen aus der gesamten BRD widergespiegelt wird, und gegen die dringend mehr getan werden muss als es bisher der Fall war.



Empire Riverside Hotel hebt ab!

Bewiesen: Psychokinetiker lassen St. Paulis Kupfertürme schweben



Am 9.2.2010 fand im Empire Riverside Hotel ein Immobiliensymposiums statt.Eingeladen hatte der dubiose "Management Circle". Der verspricht "Bildung für die Besten" - und kassierte für sein zweitägiges Auditing 1.895 Euro pro Teilnehmer. Dafür bekamen die Zahlungswilligen "C(r)ash Creativity" versprochen. In "Tough Talks" wurde die Versammlung auf "Business Improvement Districts" eingeschworen.

Bedenklich:Auch hochrangige Politiker wirken in dem zwielichtigen Kontext mit: "Rezession, na und?" heißt es unter dem Einfluß des "Circles" plötzlich. Guru oder Götzendienstleister - das ist bei dieser undurchsichtigen Veranstaltung nur schwer auseinander zu halten: Finanzsenator Freytag ist dabei, die Real Estate Abteilung der HSH Nordbank, Einkaufszentrumentwickler ECE,Vermarkter der Hafencity, usf..Also genau die Leute und Organisationen, die sich in ihren neoliberalen Irrglauben verrannt haben. Und deren verzerrte Weltsicht genau die Stadtentwicklungspolitik produziert, die direkt in die aktuelle Krise geführt hat. Der "Circle" weicht in die Esoterik aus: "Optimismus - Die wichtigste erneuerbare Energie zur Stadtentwicklung?".

Kurz vor 12 erzitterte schließlich die gesamte Architektur um sich dann vom Boden zu lösen und sekundenlang in der Luft zu schweben..

Wie war das möglich? Bürger verwandelten ihren Hass auf Gentrifizierung in psychokinetische Kräfte - und liessen diese mit einem magischen Ritual auf das Gebäude mit den Investoren wirken. Im größten Psychokinetischen Experiment seit 1972 werden Magische Rituale, Mediation und rituelle Tänze kombiniert, um das kupferne Empire zum Schweben zu bringen. Die geistigen Kräfte der Psychokinetiker werden durch orangene Stirnbänder konzentriert. Tanz und Gewänder, bedruckt mit dem schwebenden Gebäude, wandeln Hass in Kinese, wandeln Kupfer und Beton zu Staub. Ein Sprecher: "Hier wehren sich Bürger gegen negatives Karma in ihrer Nachbarschaft. Der Versuch der paranoiden Immobiliensekte, sich hinter Kupferwänden vor der Welt abzuschotten, um in Isolation ihre alten neoliberalen Ideen weiter zu verfolgen, ohne die geänderten Realitäten des neuen Jahrtausends wahrnehmen zu müssen, ist gescheitert. Dies war nur ein erster Versuch. Wir machen weiter! Morgen schicken wir die Investortenarchitektur zum Mond!"

Autonome Vollversammlung

Am Montag, den 15.02., trafen sich ca. 100-120 Menschen in der Roten Flora zur ersten Autonomen Vollversammlung (AVV) 2010. Zunächst wurden die Anwesenden von der Vorbereitungsgruppe dieser ersten AVVbegrüßt und es wurde dargestellt, wie eine Struktur einer solchen AVV aussehen könnte.

Begrüßung

"Bereits vor zweieinhalb Jahren gab es den Versuch einer solchen Vollversammlung, der leider im Sande verlief. Wir denken, es ist einen Versuch wert, ähnliches wieder zu versuchen und dabei gleich als regelmäßige Einrichtung zu etablieren. Nach dem Autonom Kongress im Oktober 2009 in der Roten Flora dachten wir, d.h. einige Gruppen aus der linksradikalen Szene, es wäre wichtig einen Rahmen zu schaffen, wo wir uns auf lokaler Ebene kontinuierlich austauschen und miteinander diskutieren können. Neben bestehenden Netzwerken von Gruppen in dieser Stadt wollen wir ein Offfenes Plenum, offen für sich neu bildende Gruppen, offen auch für Menschen, die bisher nicht fest organisiert sind und auch eine niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeit für Neu-Politisierte. Wir möchten die AVV auch als teilszeneübergreifendes Forum nutzen, wo wir, die wir z.T. bisher wenig voneinander mitkriegen, uns austauschen können. Eine Vernetzung der viel zu oft getrennt parallel vor sich hinwurschtelnden Teilbereiche wie AntiRa, Antifa, Antigentrifizierung, Antimilitarismus u.a..

Wir erhoffen uns neben dem Austausch aktueller Infos, auch eine Möglichkeit Grundsätzliches miteinander palavern zu können und gemeinsam politische Schwerpunkte zu setzen, zu bestimmen wo wir kurz- oder mittelfristig politische Interventionen für wichtig erachten. Im Idealfall könnten wir wegkommen vom kurzfristigen den aktuellen Ereignissen hinterher hecheln, hin zu einer gemeinsamen mittelfristigen Bestimmung politischer Schwerpunkte. Dabei steht die VV für unser Politikverständnis von basisdemokratischer und gleichberechtigter Organisierung: es gibt kein Zentralkomitee, sondern die VV bestimmt gemeinsam, wo es langgeht. Wir als Vorbereitungsgruppe wollen die AVV anschieben, wir werden die Vorbereitung und Moderation der ersten Male übernehmen, aber nach dieser Übergangszeit muss die AVV, muss dass Plenum die Organisierung der Treffen aus sich selber in die Hand nehmen, müssen sich von Mal zu Mal Gruppen und/ oder Einzelpersonen finden, die die einzelnen monatlichen Treffen übernehmen. Die AVV ist eine Einladung an alle aus dem autonomen, linksradikalen, undogmatischen Spektrum. Auch wenn sie sich vielleicht nicht selber als Autonome bezeichnen würden. Was wir nicht brauchen sind Parteivertreter_Innen. Und selbstverständlich werden wir keinen Sexismus dulden, keinen Rassismus oder Antisemitismus, keine homophoben oder menschenverachtenden Statements. Auch da sind wir alle gefordert. Ob die AVV funktioniert, und wir finden es wichtig, dass sie es tut, hängt von uns allen ab! Die VV ist die



Aufgabe der gesamten linksradikalen Szene und lebt davon, dass sich alle dafür verantwortlich fühlen. Die AVV soll jeweils am 15. eines Monats in der Roten Flora stattfinden. Außer einem vorbereiteten thematischen Schwerpunkt soll es einen Block aktueller Infos geben und die Möglichkeiten für Gruppen, aus ihrer aktuellen Arbeit zu berichten oder Termine anzukündigen. Sinnvoll ist gewiss, jedes Mal ein Protokoll zu führen und anschließend ins Netz zu stellen, die Blogsportseite lautet: autonomevv-hamburg.blogsport.de

Unser Vorschlag ist, heute zunächst vor allem über den Charakter, die Organisierung der VV zu reden. Wir möchten von euch wissen, welche Erwartungen und Vorstellungen ihr an diese Veranstaltung knüpft. Was kann die AVV leisten, was wollen wir mit ihr. Nach einer Diskussion darüber gibt es gegen Ende den Programmpunkt Aktuelles aus den Gruppen,Verschiedenes und Termine."

Zusammengefasst stand also folgende Tagesordnung fest:

1. Begrüßung
2. Gruppen/ Einzelpersonen stellen sich vor und ihre Erwartungen an die VV
3. Diskussion über den Charakter/ die Struktur/ etc. der VV
4. Themenschwerpunkt für die nächste AVV festlegen
5. Verschiedenes/ Termine/ Aktuelles

Erfreulicherweise stellten sich viele Anwesenden vor und erzählten kurz etwas zu ihrer Gruppe, deren Arbeitsschwerpunkte und aktuellen Projekten. Dabei waren tatsächlich zahlreiche verschiedene Politikfelder abgedeckt, als da wären: Antifa, AntiRa, AntiRepression, Antigentrifizierung, Freiräume, Antiknast, Antisexismus.

Die Erwartungen/ Vorstellungen an die AVV glichen sich in vielen Punkten bzw. ergänzten sich miteinander. So war im Endeffekt klar, dass die AVV dem Kennenlernen, der Vernetzung, dem Austausch und der Organisierung dienen soll. Des Weiteren soll die VV als Plattform fungieren, um strategische Fragen gemeinsam zu analysieren, zu klären und zu diskutieren. Die VV sollte möglichst Konflikte beilegen können und gemeinsame Stoßrichtungen entwickeln.

Gleich zu Beginn bekam die VV einen leicht bitteren Beigeschmack, als von einem VVTeilnehmer berichtet wurde, ihm sei zu Beginn der Veranstaltung ein homophober Spruch gedrückt wurde. Dieser Vorfall wurde daraufhin ca. 45 Minuten kontrovers diskutiert, mit dem Ergebnis, dass eine Pause gemacht wurde, um dem/ der Beschuldigten die Möglichkeit zu geben, die Veranstaltung zu verlassen.

Nach diesem Vorfall war dann auch bereits ein Schwerpunktthema für die nächste AVV am 15.03. gefunden; Umgang miteinander, Verhaltenscodex.

Nach der Pause folgte eine Diskussion über mögliche Themenschwerpunkte für die nächsten AVVs. Folgende Vorschläge wurden gemacht: a) Innenministerkonferenz (IMK) 2010 in HH, b) Celler Trialog im Herbst in KI, c) Antirepression/ Repression in Bezug auf die momentane Situation in HH, d) Antisemitismus in der Linken.

Im Anschluss daran wurde kurz erörtert, ob die Vorstellung eines speziellen Themas, wie z.B. IMK, sinnvoll ist, ob es passender und ansprechender wäre ein eher allgemein gehaltenes Thema ("was alle angeht/ in ihrer politischen Arbeit berührt"), beispielsweise Polizeitaktiken, gemeinsam zu diskutiert.

Letztlich wurde sich darauf geeinigt beim nächsten Treffen einen Block für den Umgang miteinander/ Verhaltenscodex zu gestalten, einen Block zum Thema Antirepression zu machen und ebenfalls Raum zu geben, um die IMK vorzustellen.

Wichtig zu erwähnen ist noch, dass die jeweiligen Schwerpunktthemen lediglich vorgestellt werden und die AVV nicht dazu genutzt werden soll für entsprechenden Veranstaltungen zu mobilisieren und diese in Gänze durchzuplanen. Dafür gibt es spezielle Treffen. Das Interessante an dieser Idee könnte oder wird sein, dass die Gruppen, die zu speziellen aber unterschiedlichen Politikfeldern arbeiten evtl. Gemeinsamkeiten entdecken bzw. feststellen, dass ein ihnen relativ fremdes Thema trotzdem Aspekte ihrer politischen Ausrichtung enthält. Ein Beispiel dafür wäre die Innenministerkonferenz; sie bietet u.a. Angriffspunkte für den AntiRa-Bereich, aber ebenso u.a. auch für die Antirepressionsarbeit.

Schließlich folgte der Programmpunkt Verschiedenes/ Termine/ Aktuelles, der gefüllt wurde mit folgenden Hinweisen:

a) Kampagne "Keine Atomtransporte in HH und andreswo!"; im Rahmen dieser Kampagne wurde eine Große Anfrage an den Senat gestellt, mit dem Ergebnis, dass Hamburg eine internationale Drehscheibe zur Ver- und Entsorgung von Uran/ Atommüll darstellt. Alle zwei Tage finden Atomtransporte durch Hamburg via Hafen/ Straßen/ Bahnen statt. Fragen zu den Transportrouten wurden vom Senat nicht beantwortet. Diese werden allerdings recherchiert.

b) Freitag, 12.02., kam es in Schwarzenbek zu einem erneuten Brandanschlag.
Dies war bereits der zweite Anschlag in kürzester Zeit; diesmal brannte ein italienisches Eiscafé komplett aus. Eine Soli-Demo dazu wird es geben und es wurde um rege Beteiligung an dieser gebeten.

c) Freitag, 19.02., 20:00h AntiRa-Kneipe in der Hafenvokü; vorgestellt wird das "Sportallee-Projekt"

d) Samstag, 13.03., Kiel; Demo zu dem Übergriff auf die "Alte Meierei"

Gegen 22:30h war die erste Autonome Vollversammlung beendet.

Fazit: wir als Vorbereitungsgruppe waren mit dem Verlauf absolut zufrieden und wünschen uns auch für die nächsten Treffen eine derart rege Beteiligung.

ZUM THEATER BEIM AUTONOM-KONGRESS IM OKTOBER 2009 IN HAMBURG

ein statement der orga-gruppe

als orga wollen wir an dieser stelle noch ein paar worte dazu verlieren, wie es zu unserem entschluss gekommen ist, m. und n. (willi und otto) nach den ereignissen am freitagabend nicht weiter am kongress teilnehmen zu lassen, aber auch wie es dazu gekommen ist, dass wir dem theaterstück der beiden überhaupt eine bühne zu verfügung gestellt haben.

auf dem 'autonom kongress' führten m. und n. ihre inhalte am freitagabend in form eines theaterstückes als zweiten inputbeitrag zum thema 'autonome / autonomie' auf. in einem kurzen abschnitt des stückes hieß es sinngemäß: einer hatte jahrelang schlechten sex mit seiner freundin und dann wurde er aus der szene gemobbt. (der genaue text ist mittlerweile an verschiedenen stellen nachzulesen u.a. in der interim nr. 701).

m. und n. bewegen sich seit jahren bzw. jahrzehnten in linksradikalen zusammenhängen und sind sich sehr wohl bewusst darüber, dass ein ausschluss aus der szene (in einer oder mehreren städten) ausschließlich zum schutz von betroffenen von vergewaltigungen gefordert wird. daher bedeutet ihre darstellung in dieser kürze die gleichsetzung von vergewaltigungen mit schlechtem sex und die denunzierung antisexistischer praxen als szene-mobbing und bloßes frustablassen.

schon während des theaterstücks selbst gab es unruhe im plenum, aber offensichtlich waren viele und auch wir als orga nicht in der lage, spontan darauf zu reagieren und waren erstmal sprachlos. in der folgenden diskussion äußerten die meisten heftige kritik und empörung über diese darstellung sexualisierter gewalt. einige verließen die flora und, wie wir später erfahren haben, den gesamten kongress.

wir als orga haben dann an dem punkt eingegriffen, als in dieser angespannten situation eine person auf die idee kam, m. und n. könnten ihre positionen genauer darstellen. wir wollten eben nicht, dass es weiter eine bühne für eine verharmlosende und entpolitisierende darstellung sexualisierter gewalt und eine weitere denunziation von antisexistischer praxis gibt. mit dem diskussionsbeitrag 'nicht blöd werden! autonome auf dem weg in 22. jahrhundert' war deutlich, wohin die reise inhaltlich gehen könnte. dieser text war kurz zuvor in den kongressblog gestellt worden und differenziert die positionen des theaterstückes recht genau aus. (auch nachzulesen unter direktem aufruf des alten links http://autonomerkongress.blogsport.de/images/position22at.pdf)

der spontane vorschlag, der von uns am freitag abend im plenum gemacht wurde, war, die punkte 'antisexistische praxen' und 'ausschlusspolitik' in dem entsprechenden themenblock am samstag zu diskutieren. dazu wurde von den anwesenden kein widerspruch geäußert und die diskussion darüber für diesen abend beendet.

im anschluss haben wir zum einen noch mit menschen ausserhalb der orga-gruppe gesprochen, um ein bild davon zu bekommen, wie andere die situation empfunden haben und bewerten. zum anderen haben wir nachts diskutiert, wie wir weiter damit umgehen. hier müssen wir anmerken, dass die orga aus sehr wenig leuten bestand, die auch nur zum teil gemeinsame praktische erfahrungen hatten. d.h. wir mussten uns erstmal über unsere positionen austauschen, einen gemeinsamen standpunkt finden und gucken, wie wir uns kollektiv verhalten und äußern können. einig waren wir uns darin, dass wir diese sexistische haltung nicht einfach hinnehmen und nach kurzem empörten kommentar zur tagesordnung übergehen können. gleichzeitig gab es auch die befürchtung, dass die auseinandersetzung mit m. und n. den kongress dermaßen dominieren könnte, dass alle anderen themen und nötigen auseinandersetzungen nicht stattfinden könnten.

in diesen zusammenhang gehört, dass wir mitgekriegt hatten, dass tatsächlich schon einige leute, vor allem aus frauenlesbentrans zusammenhängen den kongress verlassen hatten und auch nicht vorhatten wiederzukommen. wir finden es fatal, dass durch so eine verletzende provokation die bereitschaft zur diskussion zerstört wird. wir haben uns in einer verantwortung gesehen, stille ausschlüsse zu verhindern. die gleichsetzung von vergewaltigung mit schlechtem sex (und die differenzierungen in dem nicht blöd werden! text) hat ein massives potential, betroffene erneut zu verletzen, deren einziger selbstschutz oft genug ist, zu gehen. um derartige verletzungen zu verhindern sind schutzräume notwendig. diese zu schaffen, bedeutet leider auch, leute auszuschließen, die diesen raum nicht respektieren. ausschlüsse sind daher für betroffene und keinesfalls als bestrafung zu verstehen.

zusammenfassend bedeutete das für uns, dass die beiden an einem wesentlichen punkt die koordinaten einer gemeinsamen politik verlassen hatten. für uns gab es keinen weg, der eingeschlossen hätte, dass beide ihre positionen weiter darstellen konnten.

unsere entscheidung war, dass die beiden von uns aus nicht mehr am kongress teilnehmen sollen und das dem plenum am samstag morgen so mitzuteilen. es ging darum einen entschluss der gruppe mitzuteilen und eine eindeutige position von uns rüberzubringen und zu erklären. es ging keineswegs darum, diesen entschluss gegen widerspruch und veto durchzudrücken. diesen raum für widerspruch haben wir, so denken wir auch jetzt, dem plenum gelassen. bei eindeutigen fürsprachen für m. und n. oder der positionierung des plenums für eine anwesenheit von beiden, hätten wir dem nicht im weg stehen können. die einzige konsequenz für uns wäre dann gewesen, dass teile der orga die gruppe verlassen hätten.

am samstagmorgen, nachdem wir unsere position dargestellt hatten, haben wir nocheinmal vorgeschlagen, das thema 'ausschlüsse', sollte das bedürfnis da sein, im entsprechenden themenschwerpunkt zu diskutieren.

zu unserer eigenen überraschung gab es aber tatsächlich weder eine längere diskussion über die frage der anwesenheit von m. und n. noch wurde später im themenschwerpunkt über das thema ausschlüsse diskutiert.

stattdessen schienen viele über die position der orga-gruppe erleichtert und teil-

ten die entscheidung, beide nicht weiter am kongress teilnehmen zu lassen.

wir wurden von manchen dann auch kritisiert, dass wir die frage grundsätzlich zur diskussion hätten stellen müssen. trotzdem halten wir unseren weg nach wie vor für richtig.

über das ganze wochenende, im abschlussplenum und auch noch jetzt, monate später, gab es ein grundsätzlich positives feedback, vor allen dingen mit dem tenor, dass es auch mal zeit wurde, dass eine orga-gruppe so konsequent ist.

schon bei einer vollversammlung zur vorbereitung des kongresses im juli in der flora hatten m. und n. ihre positionen zu bzw. gegen antisexismus öffentlich formuliert und für einigen unmut, genervte diskussionen und ein 'typisch, war ja klar' gesorgt. 'typisch' bezog sich dabei vor allem auf m.s längere geschichte von provozierenden und sich selbst inszenierenden auftritten mit diesem thema. erfahrungen übrigens, die dann ganz offensichtlich von diversen kongressteilnehmer_innen geteilt wurden. auch da schon hatte eine person die vv aufgrund dessen verlassen.

als m. das input zum themenschwerpunkt 'autonome / autonomie' als theaterstück ankündigte, haben wir uns dennoch nicht dagegen entschieden. zwar gab es bei einigen unwohlsein und missmut gegenüber m., gleichzeitig aber auch persönliche freundschaft. angesichts diverser veröffentlichungen von m., hielten wir ein input von ihm zum thema 'autonomie' für durchaus sinnvoll. eine eindeutige positionierung gegen seine beteiligung gab es innerhalb unserer gruppe nicht. angesichts nicht genau geführter diskussionen unter uns und all den bekannten erfahrungen, betrachten wir es als unseren fehler m. und n. die möglichkeit gegeben zu haben, ihre positionen als input zu bringen. es war, so glauben einige von uns, unsere naivität, aufgrund einiger privater gespräche mit m. zu denken, diesmal würden provokationen dieser art unterbleiben. auch wenn wir in der vorbereitung geredet hatten, dass unsere moderation eingreifen muss, sollte m. gezielt destruktive beiträge jenseits des theaterstückes abliefern. damit, dass dies schon im input eindeutig der fall ist, hatten wir einfach nicht gerechnet.

der genaue inhalt des inputs war uns vor beginn des stückes nicht bekannt. wir wussten nur von einem theaterstück zum thema des schwerpunktes. das hier schon öfter genannte papier 'nicht blöd werden! autonome auf dem weg in 22. jahrhundert', ist kurz vor beginn des kongresses als diskussionspapier und auf nachfrage explizit nicht als input- referat an den blog geschickt worden. unsere position war, beide nicht weiter am kongress teilnehmen zu lassen. nicht mehr und nicht weniger. 2 leute sind für 2 tage auf einer bestimmten veranstaltung nicht willkommen.

unsere erklärung kann sich nicht auf andere räume oder andere situationen beziehen und wir wollen und werden auch nicht irgendwelche wünsche in diese richtung formulieren.

wann, wo und wie mögliche weitere konflikte mit m. und n. geführt und gelöst werden, liegt an den dort beteiligten strukturen und menschen.

als zeitlich und inhaltlich begrenzter zusammenhang sehen wir es über dieses papier hinaus nicht als unsere aufgabe oder notwenigkeit, uns weiter mit m. oder n. bzw. diesem konflikt ausführlicher zu befassen. daran werden auch weitere veröffentlichungen und erklärungen von beiden nichts verändern. wir möchten nur anmerken, dass der an uns adressierte brief, auf den m. und n. sich in ihren texten beziehen, sicherlich vieles war, jedoch keineswegs freundlich.

orga-gruppe 'autonom kongress', januar 2010

Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein

Der instruktive Text von Sabine Beck (six hills berlin) aus der letzten Zeck gibt den Autonomen Kongress in der Hamburger Roten Flora im Oktober 2009 und aktuelle Themen, Perspektiven, Konflikte, Unzulänglichkeiten der autonomen Bewegung gut wieder. Ein kleiner, aber bedeutender Aspekt des Kongresses, der manches Flurgespräch bestimmt hat, ist darin nur in einer Klammer erwähnt. Dass wir auch als Autonome bei so viel Scheiße, die uns umgibt, unschöne Dinge mal beiseite lassen, ist mehr als verständlich. Aber wir waren nie Anhänger_innen eines Therapiekonzeptes, das sich einer offen Konfrontation verweigert. Deshalb ist uns wichtig, folgendes in aller Kürze - nicht zuletzt selbstkritisch - zu erklären.

Während des Autonomen Kongresses wurden zwei Genossen durch die Kongressvorbereitung ausgeschlossen. Der Vorwurf gegen die beiden Männer lautete schlicht und einfach: Verharmlosung von sexualisierter Gewalt in dem von ihnen auf dem Kongress aufgeführten Theaterstück. Eine Frau hat deswegen die Aufführung verlassen.

Es war unserer Meinung nach weder äußerst konstruktiv noch in Ordnung, was die beiden aufgeführt haben und dafür tragen sie die Verantwortung. Ob ein Ausschluss die geeignete Reaktion darauf ist, war umstritten. Wir beispielsweise teilten weder den Vorwurf noch die Ausschlussentscheidung. Viele jedoch meinten: Der Ausschluss sei richtig gewesen, weil alles andere den Kongress aus den vorgesehen Bahnen geworfen hätte. (Dieses Argument ist nicht von der Hand zu weisen, es funktioniert jedoch nur deshalb, weil der Kongress bald nach der Verkündung der Ausschlussentscheidung wie geplant weiterlief. Und er lief wie geplant weiter, weil unter anderem wir eine Diskussion um die Ausschlussentscheidung in diesem Moment nicht eingefordert und nicht auf eine eindeutige Entscheidung des Plenums bestanden haben. Sonst wäre das nicht so einfach und schnell abzuhandeln gewesen. Die Argumentführer_innen sind sich offensichtlich sicher, dass andere nicht so vernünftig gewesen wären und den Kongress gesprengt hätten, wenn die beiden Genossen hätten bleiben dürfen.) Vor dem Hintergrund, dass der folgenschweren Ausschlussentscheidung bis heute keine öffentliche Erklärung, Diskussion oder Kritik folgte, bedauern wir nachträglich, dass wir uns auf dem Kongress nicht deutlicher verhalten, unseren Widerspruch nicht klarer formuliert und eine grundsätzliche Diskussion und rationale Auseinandersetzung über die Entscheidung, aber vor allem über sinnvolle Möglichkeiten und Grenzen von autonomer Kritik unter allen Beteiligten eingefordert haben. Allein der Kongress hätte für eine Selbstverständigung die Plattform geboten. Insofern haben unserer Meinung nach wir alle, Besucher_innen, Beteiligte, Organisator_innen ein Stück versagt. Und dafür tragen wir Verantwortung.

Rheinland-Autonome in Absprache mit anderen

Zu den "Zensur"-Vorwürfen der Gruppe 170

Etwas verwundert haben wir die Vorwürfe zur Kenntnis genommen, die die Gruppe 170 gegen die Veranstalter_innen der Demonstration "Antisemitische Schläger unmöglich machen - auch linke!" in der Zeck Nr. 154 erhebt. Anlässlich der Dokumentation ihres von den Veranstalter_innen abgelehnten Redebeitrags heißt es, "die Zensur unseres Redebeitrags", der angeblich "wie alle anderen ... dem Vorbereitungskreis vorgelegt" worden sei, sei eine "Unverschämtheit" und eine "politisch zerstörerische Maßnahme", welche sie "an den Motiven der Veranstaltenden zweifeln" lasse.

Die Gruppe 170 hat weder den Demonstrationsaufruf unterstützt noch sich an den Vorbereitungstreffen beteiligt. Von der Existenz der Gruppe haben wir erfahren, als uns auf dem Bündnistreffen vom 8.12. ihr Interesse ausgerichtet wurde, am 13.12. einen Redebeitrag zu halten, auf dem 'auch die Argumentationsweisen des Aufrufs kritisiert werden würden'. Der Text der Rede wurde den beteiligten Gruppen drei Tage vor der Demonstration per E-mail-Verteiler zugänglich gemacht - zu einem Zeitpunkt also, als an eine inhaltliche Diskussion (wie sie über andere strittige Beiträge durchaus geführt wurde) nicht mehr zu denken war. Stattdessen wurde von mehreren Gruppen, mit zum Teil ausführlichen Begründungen, Veto eingelegt.

Die Interpretation der Vorfälle auf der Barmbeker Anti-Nazi-Demo vom 31.1.2004 war, am Rande vermerkt, dabei nur einer von mehreren strittigen Punkten. Zu den Eigentümlichkeiten der Debatte über linken Antisemitismus gehört es freilich immer wieder, dass vor lauter Aufregung selbst die einfachsten Fakten nicht zur Kenntnis genommen werden - hier beispielsweise, dass im Aufruf des Bündnisses überhaupt nicht von den Prügeleien um die Israel- und USA-Fahnen die Rede ist. Thematisiert wird vielmehr der Angriff auf die kp berlin und ihr Transparent "Deutschland denken heißt Auschwitz denken", welcher stattgefunden hatte, bevor irgendwelche "Nationalfahnen" die Gemüter erregt hatten - siehe *http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=196&print.*

Genauso eigentümlich allerdings ist, dass selbst eine eingebildete Kritik immer wieder dazu führt, dass die Kritisierten alles daran setzen, Gründe für deren Berechtigung nachzuliefern. Ihren Feldzug gegen "antideutsche Geschichtsklitterungen" nämlich meint die Gruppe 170 in einem Dankeschön "an die antifaschistischen Genossinnen und Genossen" gipfeln lassen zu müssen, welche auf der Barmbeker Demo "den Übergriff der antideutschen Provokateure abgewehrt haben". Völlig egal aber, was man von antideutschem Hegemoniestreben auf antifaschistischen Bündnisdemonstrationen hält: Wer Leuten dankt, die Israelfahnen unter "Intifada"- und "Mörder, Mörder"-Rufen in den Dreck treten, beweist nur, dass selbst ein klares Bekenntnis gegen Antisemitismus nicht vor der Kumpanei mit Antisemit_innen schützt.

Hätte die Gruppe 170 ihren geplanten Beitrag im Vorfeld der Demonstration, womöglich als eigenen Aufruf, veröffentlicht, hätten wir uns zwar immer noch über die darin enthaltenen argumentfreien Allgemeinplätze geärgert - und uns dennoch über die Absage an die autonome Lethargie, wie sie im Verhältnis zum linken Antisemitismus vorherrschend ist, gefreut. Als Redebeitrag aber hätte der Text weder zur Mobilisierung der Szene getaugt noch zur Eröffnung einer Debatte, die über viele Buhrufe und einige "Hört, hört!" hätte hinausgehen können. Schon deswegen erschien uns rätselhaft, was sich die Gruppe 170 von ihrem Ansinnen versprochen hatte. Ebenso rätselhaft erschien uns, wie eine politisch doch hoffentlich nicht ganz unerfahrene Gruppe auf die Idee verfallen konnte, eine Demonstration sei so etwas wie eine Speakers' Corner, wo, ganz ohne inhaltliche Auseinandersetzung im Vorwege, jede_r das Wort ergreifen kann.

Die empörte Beschwerde der Gruppe 170 darüber, dass die Veranstaltenden das anders gesehen haben, ist nicht nur ein bisschen peinlich; sie sorgt dafür, dass ihre Initiative in genau das Schema linker Äquidistanz wieder eingepasst wird, das sie ursprünglich einmal in Frage stellen sollte.

Wir würden daher vorschlagen, statt über Rederechte, Entscheidungsstrukturen und Diskurshoheiten lieber über das zu streiten, worüber es sich zu streiten lohnt: den Dissens in der Sache. Zu diesem Zweck schlagen wir eine öffentliche Debatte mit Vertreter_innen von uns und der Gruppe 170 vor.

Bündnis gegen Hamburger Unzumutbarkeiten, Februar 2010
(Eine Dokumentation aller Redebeiträge der Demonstration am 13.12.09 und weitere Diskussionsbeiträge gibt es unter http://b-g-h-u.blogspot.com)

Angreifbare Traditionspflege / Neue Folge

AK Keine Ruhe den NS-Tätern

"Man muss sich schon fragen, in welchem Milieu solche menschenunwürdigen Entgleisungen gedeihen können." (Werner Gropp Ex Gebirgsjäger)

Wie man der Presse entnehmen konnte, seien vor allem ehemalige Gebirgsjäger bzw. Gebirgsjäger-Reservisten verantwortlich für die jetzt bekannt gewordenen menschenverachtenden Traditionsrituale in Mittenwald. Das ist wahrlich kein Zufall, sondern die traditionsreiche Form von soldatischen Männerbünden nicht nur in Mittenwald. Aktive Bundeswehrsoldaten organisieren sich seit über 50 Jahren im sog. Kameradenkreis der Gebirgsjäger mit ehemaligen Gebirgsjägern der Wehrmacht und pensionierten Bundeswehroffizieren. Die widerwärtigen Aufnahmerituale der Mittenwalder Gebirgsjäger fallen nicht vom Himmel, sondern verweisen - einmal mehr- auf die noch widerwärtigere Traditionspflege der Bundeswehr in Mittenwald. Die Liste der Skandale in Mittenwald und in den anderen Gebirgsjägergarnisonen ist lang: Foltervideos, Naziorden und Hitlergrüße, der Totenkopfskandal von Oktober 2006 und seit 57 Jahren das NS-Kriegsverbrechertreffen auf dem Hohen Brendten.
Die Mittenwalder Soldaten der Bundeswehr, die seit einigen Jahren die deutschen Kriegseinsätze in aller Welt als selbst er-

nannte Elitetruppe anführen, werden seit über 50 Jahren von diesen Kriegsverbrechern sozialisiert. Nach wie vor sind in diesem Traditionsverein Wehrmachtssoldaten, Waffen-SSler und Gebirgsjäger-Polizisten organisiert, die nachweislich an Massakern und an Deportationen von Jüdinnen und Juden beteiligt waren. Selbst der kürzlich wegen Mordes an italienischen Zivilisten verurteilte Kamerad Scheungraber dürfte noch Mitglied sein. Auf Kameradschaftsabenden und in der Vereinspostille "Gebirgstruppe" haben sie jahrzehntelang ihre "Erfahrungen mit den hinterhältigen Partisanen" ungestört an künftige Generationen von Gebirgsjägern weitergeben dürfen und gleichzeitig ihre Beteiligung an Massakern und an der Ermordung von Jüdinnen und Juden geleugnet. Ein zentraler Ort dieser speziellen Gebirgsjäger-Sozialisation ist die jährliche Brendtenfeier. Seit 1957 treffen sich jährlich greise Gebirgsjäger-Kameraden der Wehrmacht und Waffen-SS im Schulterschluss mit ihren Bundeswehrnachfolgern im bayerischen Mittenwald. Trotz der stark rückläufigen Teilnehmerzahl ist es die letzte größere soldatische Feier Deutschlands. Von einer Bundeswehrkapelle begleitet, findet unter den Fahnen revisionistischer und faschistischer Organisationen - u.a. der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger - ein ökumenischer Feldgottesdienst statt. Da die Strafverfolgung der deutschen Justiz im Schneckentempo arbeitet und die deutschen Täter trotz Urteilen in Italien nicht ausgeliefert werden, treiben sich am Hohen Brendten in Mittenwald - nach wie vor - die Veteranen der 1., der 5., der 157. und der 188. Gebirgsdivision, der Waffen-SS Nord und des SS-Gebirgsjägerpolizeiregiments 18 herum, die für zahlreiche Massaker auf Kephallonia, Korfu, Kreta, im Vercors, in Kommeno und Camerino und für die Deportationen der Athener (Jüdinnen und) Juden nach Auschwitz verantwortlich sind.Übrigens, auch der flinke Verteidigungsminister zu Guttenberg, der sich (noch) seiner Verbundenheit mit den Mittenwalder Gebirgsjägern brüstet, sollte jetzt mal genauer hinschauen. Wenn er im Frühjahr zu seinem lange angekündigten Truppenbesuch bei den Gebirgsjägern in Mittenwald erscheint, sollte er nicht nur aus Gesundheitsgründen für einen anderen Umgang seiner Rekruten sorgen. Einen besonderen Augenmerk sollte von Guttenberg auf die von der Bundeswehr unterstützte diesjährige Brendtenfeier legen. Das Treffen der Waffen-SSler und Gebirgsjäger-Massaker-Veteranen soll ausgerechnet am 8. und 9. Mai 2010 unterm Karwendel stattfinden. Das ist bekanntlich der 65. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, der in aller Welt in Erinnerung an die Millionen Opfer des deutschen Vernichtungskrieges und der Shoah gefeiert wird. Da könnte Guttenberg auch von seinem österreichischen Amtskollegen Darabos lernen. Der hatte vor vier Jahren den Angehörigen des österreichischen Bundesheeres die Teilnahme an dieser nazistischen Veranstaltung in Mittenwald verboten. Letztes Jahr entzog er endlich auch dem SS-Veteranentreffen am Ulrichsberg die militärische Unterstützung.

Schluss mit der NS-Traditionspflege in Mittenwald! Kein NS-Kriegsverbrechertreffen am 8./9.Mai 2010 in Mittenwald. Keine Unterstützung für NS-Kriegsverbrecher durch die Bundeswehr! Vom Ulrichsberg lernen heißt siegen lernen!

Dresden: Sie kamen nicht durch...



Abertausende Antifaschisten blockierten erfolgreich einen geplanten Aufmarsch von Neonazis in der sächsischen Landeshauptstadt. Das Bündnis "Dresden-Nazifrei" hatte zu Massenblockaden aufgerufen, dem tausende folgten.

Dresden hatte sich zuvor ordentlich bemüht den Rechtsextremisten eine möglichst freie Bahn zu verschaffen. Alle Kundgebungen auf der Neustädter Seite waren zuvor für den 13. Februar, dem 65. Jahrestag der Bombardierung Dresdens, untersagt worden. Die Menschenkette, an der heute ebenfalls mehrere tausend Menschen teilgenommen haben sollen, sollte wohl die Bilder des Tages liefern.

Diese lieferten jedoch die Blockaden. Zwischen 9:00 Uhr und 10:00 Uhr entstanden binnen kürzester Zeit an mehreren Orten Blockaden. Einige wie in der Hansastraße und dem Albertplatz wuchsen jeweils auf mehrere tausend Personen. Zusätzlich hatten Nazigegner die Gleise blockiert, so dass der Zugverkehr eingestellt werden musste. Es zeigt sich, dass das Konzept des bundesweiten Antifabündnis "No Pasaran" mit fortschrittlichen Teilen der Zivilgesellschaft

eng zusammenzuarbeiten äußerst erfolgversprechend sein, zumal wenn man es mit dem größten Naziaufmarsch Europas zu tun hat. Neben den Massenblockaden wurden auch einige Zwischenfälle vermeldet. So kam es an einer Raststätte zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Antifaschisten und Neonazis. Dabei sollen auf rechter Seite ersten Angaben zur Folge mehrere Busse beschädigt und einige Menschen in erheblichen Maße verletzt worden sein. Antifaschisten blieben schadlos. In der Nähe der Schauburg (Dresden-Neustadt) wurden mehrere Menschen verletzt, nachdem Neonazis aus ihren Bussen gesprungen waren und auf Personen einschlugen. Ob es zuvor einen Angriff auf die Busse gegeben hat ist unklar, dazu liegen unterschiedliche Angaben vor. Entwarnung kann hinsichtlich des vermeintlichen Angriffes auf das AZ Conni gegeben werden. Neonazis waren am AZ vorbeigezogen, griffen es jedoch nicht an. Sie liefen jedoch wenig später in eine Gruppe linksgerichteter Demonstranten. Anschließend wurden etwa 30 Nazis durch die Neustädter Straßen gejagt. Mehrere Linke wurden durch Stein- und Flaschenwürfe leicht verletzt, jedoch wird nicht ausgeschlossen, dass es sich dabei um "friendly fire" gehandelt haben können, da die Situation als sehr unübersichtlich geschildert worden ist.
Abgesehen von kleineren "Geländespielen" im Bereich Neustadt, Hechtviertel und Pieschen blieb der Tag jedoch bisher weitgehend friedlich und aus Sicht von Antifaschisten ein voller Erfolg.
Aus: Indymedia

Das Gedenken ist das Übel!

Geschichtsrevisionismus in Dresden angegriffen!

Der Naziaufmarsch in Dresden wurde heute erstmalig verhindert. Das ist auch gut so. Dennoch ist es auch wichtig das bürgerliche Gedenken und seinen Geschichtsrevisionismus anzugreifen.

Nicht nur von den Nazis, sondern vor allem von der Dresdner Trauergemeinde werden die deutschen TäterInnen des Nationalsozialismus als Opfer bagatellisiert. In allen Gedenkfeierlichkeiten rund um den 13.Februar wurde die Gleichsetzung von NS und DDR skandiert und damit der Holocaust verharmlost und seine Opfer, wie Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Behinderte, verpönt.

Deshalb haben wir und andere heute auf vielfältige Art und Weise die Gedenkfeierlichkeiten gestört. So gab es beim Gedenkweg Konfetti und Bonbons für die Trauernden und Pink Rabbit flog in einem Flugzeug an ihnen vorbei. Die geschichtsrevisionistischen Reden wurden durch Parolen, Tröten und Transpis mit Aufschriften wie "Dresden - ein Wintermärchen. Ohne uns!" gestört.

Bei der Veranstaltung "Wahrhaftig Erinnern - Versöhnt leben" an der Frauenkirche wurden die redenschwingenden Gedenkenden unterbrochen von Trillern, Pfiffen und Parolen wie "Deutsche Täter sind keine Opfer". Auch beim jährlichen Glockengeläute kurz vor 22Uhr waren wir aktiv. Die Opferkerzen haben wir flächendeckend ausgepustet und das auch auf einem Transparent vor der Frauenkirche begründet: "Nie wieder Deutschland". Begleitet wurde unser Spektakel mit Feuerwerk über der Altstadt.

Die Bullen versuchten natürlich uns soweit es ging an unseren Aktionen zu behindern. Wenn das mal nicht ausgereicht hat, hat der Bürgermob sich in Selbstjustiz geübt: Sie griffen uns und die anderen KritikerInnen an und versuchten mit allen Mitteln ihr Gedenken zu verteidigen. Dabei fielen so aussagekräftige Sätze wie: "Euch brauchen wir hier nicht" oder "Was haben sie denn für eine Sprache? Sie sprechen gar nicht wie ein richtiger Deutscher!". Diese Reaktionen zeigen einmal mehr, dass die DresdnerInnen beim Heulen gerne unter sich sind und sich bei ihrer Interpretation der Geschichte nicht reinreden lassen wollen. Genau deswegen werden wir ihren auch nächstes Jahr wieder reinreden und ihr Gedenken stören!
Denn auch, wenn sich am Protest an den Nazis was getan hat, könnnen die DresdnerInnen immer noch ihrem Opfermythos frönen, wenn wir sie nicht daran hindern.
Quelle: Indymedia







Athen: Faschistenterror im Nationalmuseum

Der erste in einer Serie bereits konzipierter Artikel, in denen sowohl die sozialen Bewegungen als auch die Gefahr des Faschismus in Griechenland von mehreren Seiten her umkreist, eingekreist werden sollen. Die Kleinserie versteht sich als Beitrag zum antiautoritären bis kommunistischen Kampf, und zum antiimperialistischen Kampf - möchte aber gelegentlich das Augenmerk auch auf kleine, kapillare Nebensächlichkeiten lenken.

Beinah 10 Minuten lang brüllten in Athen am 8. Februar Rechtsradikale die Redner einer Veranstaltung zum geplanten Staatsbürgerschaftsgesetz nieder, die im historisch-würdigen Rahmen des Alten Parlaments der Hauptstadt stattfand (1).

Honorige Antirassisten.

Das Alte Parlament, heute als Museum der Nationalen Geschichte genutzt, war - im 19. Jahrhundert - der erste permanente Sitz des griechischen Parlaments im neuentstandenen Staat (2). Der Gesetzesentwurf sieht Integration unter strengen Bedingungen vor und plant auf deren Grundlage die Erteilung der griechischen Staatsbürgerschaft in größerem Rahmen an voraussichtlich mehrere hunderttausend bereits im Lande lebende Ausländer (3). Die Veranstaltung, auf der das kommende Gesetz mit unterschiedlichen Argumenten unterstützt wurde, war mit offiziellen und staatsnahen Kräften bestückt, so dem Metropoliten von Messenien (4), dem Vorsitzenden der Athener Richtervereinigung, dem Vizepräsidenten des Unternehmerverbandes, aber auch dem Vorsitzenden des Griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE und dem Koordinator des Migrantenforums. Die ganze Veranstaltung stand unter der Leitung eines Professors für Verfassungsrecht und lief unter dem Motto "Für eine Neukonzipierung der Staatsbürgerschaft". Veranstalter war das Griechische Bündnis für Menschenrechte (Ellinikí Enosi jia ta Dikeómata tu Anthrópou).

Kleiner Saalterror.

Die Rechtsradikalen hatten sich zunächst unter die Besucher gemischt und zu den ersten Ausführungen sogar applaudiert. Als der Gewerkschaftsvorsitzende Jiannis Panagopoulos seine Rede beendet hatte, wurde er zusammen mit den anderen Rednern und den Organisatoren wütend niedergebrüllt. Panagopoulos hatte unter anderem den "Mangel an Infrastrukturen, die real für die Integration der MigrantInnen erforderlich sind" kritisiert. Sofort nach den ersten verbalen Angriffen lösten sich, wie es den Anschein hatte, Angehörige rechtsradikaler Organisationen aus der Besuchermenge und teilten sich auf. Dem folgte ein Geschrei und Gebrülle, das minutenlang anhalten sollte. Einem Redner wurde das Mikrofon aus der Hand gerissen (1).

Dem Störkommando, das aus etwa 30 Mann bestand, gelang es zunächst, unter dem Vorwand, die Veranstalter würden keine "abweichenden Meinungen" zulassen, die Diskussion zu unterbrechen. Daraufhin wurden rassistische Losungen gerufen, unter dem "hilflos und betreten wirkenden Blick der anwesenden Polizisten", wie tvdxs bemerkt (1).

Schließlich trat die Sondereinheit MAT auf den Plan und von ihr wurden die Störer aus dem Saal entfernt (5). Dieser Einsatz ging tvdxs zufolge aber sehr "lässig" vor sich. Verhaftungen fanden keine statt (1).

Die MAT sind dafür bekannt, daß sie im allgemeinen gegen die Linken vorgehen - und selten die Linken vor den Faschisten schützen. Mit diesem Einsatz haben sie zumindest die radikale Rechte mit der radikalen Linken gleichgesetzt! Nicht ganz, Linke werden im allgemeinen verhaftet, Rechte gehen frei, wie man sieht. Auf der Aufnahme von tvxs kann man das ununterbrochene Gebrülle und Chaos hören und sehen, das die faschistische Einsatzgruppe bewirkt hat. Eine Frau im Vordergrund hört man hilflos Exo! ("Raus") rufen.

Terror von innen und von außen.

Für Griechenland ein Ereignis am Rand? Nicht ganz! Bemerkenswert ist nämlich, daß sich die radikale Rechte nicht nur mehr gegen Veranstaltungen oder Bereiche wendet, die von Basisbewegungen organisiert sind, wie es etwa in Patras vor einem Jahr der Fall war, wo gegen die linke Mobilisierung in Folge auf die Ermordung von Alexandros Grigoropoulos eine harte und brutale faschistische Gegenmobilisierung stattfand, sondern es wird in zunehmenden Ausmaß auch gegen die institutionalisierte Linke und gegen staatliche Institutionen agiert. So haben anfang November in der Athener Wirtschaftsuni bezahlte Schläger Leute niedergeprügelt und die Einrichtung verwüstet. In diesem Fall waren davon sogar PASOK-nahe StudentInnen betroffen (6)! Die Wirtschaftsuni war zuvor der Veranstaltungsort eines antirassistischen Symposiums (Anti-Forum) gewesen, das von linken Kräften und kritischen und engagierten Wissenschaftlern getragen war.

Das ist der faschistische Alltagsterror, den die Linke - nicht erst seit 20 Jahren - ertragen muß. Wenn die radikale Schläger-Rechte aber gegen zentrale Einrichtungen und Symbole der Macht, wie im Falle des Alten Rathauses der integrativen Macht, vorgeht, heißt das, daß die Faschisten die Macht beanspruchen. Das war die Botschaft, und gleichzeitig eine Provokation, die gegen die griechische revolutionäre Tradition gerichtet war, die auch und in erster Linie eine des Kampfes für nationale Unabhängigkeit und Souveräniät war und ist.

Das griechische Volk wird von außen durch die europäische Wirtschaftsdiktatur erdrückt, im Innern durch die Faschisten bedroht. Ein Zweifrontenkrieg.

Das neue Ausländergesetz: ein wirtschaftsrassistisches Großmanöver.

Einige Integrationsmechanismen sind schon realisiert. Für die kommenden Kommunalwahlen erhalten auch MigrantInnen das Stimmrecht, Voraussetzung ist ein fünfjähriger legaler Aufenthalt. Dem soll das neue Ausländergesetz folgen, dem eine gewisse Härte nicht abzusprechen ist. Im Gesetzesentwurf sind als Voraussetzungen für die Verleihung der griechischen Staatsbürgerschaft die Kenntnis der griechischen Sprache, die Integration in das wirtschaftliche und soziale Leben des Landes und die Vertrautheit mit den politischen Einrichtungen des griechischen Staates vorgesehen. Der Antragsteller/die Antragstellerin muß bereits 5 Jahre lang legal im Land leben und von drei griechischen StaatsbürgerInnen Empfehlungsbriefe vorweisen können. Leute, die erst nach Veröffentlichung dieses Gesetzesentwurfes nach Griechenland eingewandert sind, müssen sich mindestens 7 Jahre lang legal im Land aufhalten und im Besitz einer Daueraufenthaltsberechtigung sein, wenn sie die Staatsbürgerschaft beantragen.

Für Kinder von ImmigrantInnen gilt: Wenn sie in Griechenland geboren sind, kann die Staatsbürgerschaft von den Eltern bean-

tragt werden, sofern diese sich jeweils mindestens 5 Jahre legal im Lande aufhalten. Bei Kindern, die nicht in Griechenland geboren sind, wird vorausgesetzt, daß sie 6 Jahre mit Erfolg eine griechische Schule besucht haben (7).

Der Gesetzesentwurf teilt also das große Kontingent an MigrantInnen in legalisierte und illegale auf. Hand in Hand mit der Sicherung extreme Verunsicherung. Was den Illegalisierten blüht, kann man an einigen Zahlen ablesen: Auf dem genannten Anti-Forum der Athener Wirtschaftsuniversität berichtete Thanásis Koúrkoulas von Apeláste to Ratsismó("Weist den Rassismus aus!"), daß in den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts etwa eine Millionen AusländerInnen nach Griechenland gezogen seien, die Hälfte davon AlbanerInnen. Im selben Zeitraum wurden etwa 2 Millionen AusländerInnen, in erster Linie AlbanerInnen, ausgewiesen (8). Man kann sich vorstellen, welche Massenillegalisierungen das neue Ausländergesetz begleiten werden.

Dieses Bündel von einschränkenden Bedingungen, das wohl aus formalen Gründen viele Existenzen von bereits im Lande lebenden Menschen, die nicht alle Voraussetzung auf Strich und Faden erfüllen können, zerstören wird, findet die radikale Rechte noch zu liberal. Von den anderen Seite mobilisiert gegen das Gesetz sowohl die breite Menschenrechts-Linke, also das zivilistische Lager, wie auch die radikale und antagonistische Linke, die in den kommunistischen und den antiautoritär-anarchistischen Bereich geteilt ist.

Auf der Veranstaltung im Alten Rathaus kam die wirtschaftspolitische Motivation für das neue Integrationsgesetz in einem Beitrag des Vizepräsidenten des Griechischen Unternehmerverbandes SEV Chrístos Kiriazís deutlich zum Ausdruck. Die Integration der Immigranten in die griechische Gesellschaft sei geeignet, "die Überalterung der griechischen Gesellschaft" zu verlangsamen, stellte er klar (1). Es werden von den "Inländern" zuwenig verwendbare Kinder gezeugt, heißt das. Wer brauchbare Arbeitskräfte und Steuerzahler sucht, der nimmt auch Ausländer - Arbeitskraft ist Arbeitskraft! Und damit werden die verschiebbaren Ausländer-Kontingente als rein ökonomischer Beitragsfaktor gewertet: Eine Herabstufung der Würde der menschlichen migrantischen Existenz auf ein Moment des wirtschaftlichen Kalküls, mithin die Reduzierung auf die blanke Rationalität eines Wirtschaftsrassismus, der dem herkömmlichen Bio- und Kulturrassismus reformerisch in die Quere kommt. Gefährlich sind die Punkte, an denen sich Konvergenzen zwischen beiden konkurrierenden Rassismen ergeben könnten.

Es ist noch nicht gesagt, daß die kalte Wirtschaftsrationalität hauptsächlich das Sagen haben wird, immer stärker manifestiert sich auch die blanke biorassistische Wut der Straße. Das können wir den Meldungen der allerletzten Tage entnehmen. Am Sonntag wurden in Athen zwei Mitglieder der Neonazi-Organisation Chrisí Avjí ("Goldene Morgenröte") mit einem Gewehr vom Typ Zastava und faschistischem Propagandamaterial verhaftet. Am selben Tag veranstaltete der "Patriotische Klub von Thessalien" in Larissa eine rassistische Demonstration gegen das neue Ausländergesetz. Von den linken GegendemonstrantInnnen, die allerdings stark in die Offensive gingen (die Nazis wurden scharf angegriffen und ihr Kleinlaster, mit dem sie in der Nacht Jagd auf Ausländer machten, wurde zerstört) wurden vier durch ein Sondereinsatzkommmando der griechischen Polizei verhaftet, die anderen flohen in das Gebäude der Medizinischen Fakultät von Larissa. Universitäten dürfen per Gesetz von der Polizei nicht betreten werden. Die Polizei forderte vom Rektor die Aussetzung dieser gesetzlichen Bestimmung, die seit dem Ende des Faschismus sakrosankt ist, der Rektor weigerte sich, die Universität der Polizei zu öffnen. (9)

In Griechenland sind die Universitäten Bastionen des Antifaschismus.

(1) Akrodexií diékopsan diadílosi jia tin ithajénia (Rechtsradikale unterbrachen Veranstaltung zum Staatsbürgerschaftsgesetz, (Tileórasi chorís sínora, tvxs "Fernsehen Ohne Grenzen"), 8. 2. 1010, Online-Video
(2) Als 1833 Athen zur Hauptstadt des ein Jahrzehnt zuvor von der osmanischen Herrschaft befreiten Griechenland wurde, verwendete zunächst der aus Bayern entsandte König Otto das ursprüngliche Magnatenpalais als seinen Wohnsitz, er wurde aber im Jahre 1843 durch einen Volksaufstand gezwungen, eine Verfassung zu erlassen - nach der noch heute der bekannte Sýntagma-Platz, oder Platía Sindágmatos, Platz der Verfassung, benannt ist. König Otto hatte sein Palais zu verlassen, das neue Parlament zog ein. Unter den Rebellen des sogenannten Aufstandes vom 3. September befanden sich noch viele alte Kämpfer aus den Zwanzigerjahren des Achzehnten Jahrhunderts. Unter diesen Kämpfern waren besonders zahlreich die Albaner. Siehe u. a. "Mégaro tis Paleás Vulís", und "Old Parliament House" in Wikipedia, und einschlägige Geschichtswerke.
(3) Das geplante neue Staatsbürgerschaftsgesetz wird unter anderem die massenhafte Einbürgerung von Albanern bewirken (da diese das Gros der ImmigrantInnen stellen), wenn auch unter sehr strengen Bedingungen. Die faschistische Störaktion wendet sich daher auch gegen die Albaner - denen die Griechen in ihrer Geschichte sehr viel zu verdanken haben: nämlich die nationale Befreiung. Wenn man "national" in einem weiteren Sinne verstehen will. Ähnlich wie die Franzosen unter der Ägide des Französischen in der französischen Revolution zahlreiche Völker in Frankreich und auch außerhalb versammelten, so versammelten die Griechen, insbesonders die griechisch, aber auch andere Sprachen sprechende Unterschicht, versammelten die unteren Volksschichten zusammen mit der rebellischen Intelligenz BefreiungskämpferInnen zahlreicher Länder, Kulturen, Ethnien um ihre Idee, ihre Befreiungsidee, deren altes Symbol jetzt - brutale Ironie der Geschichte - von den Faschisten, also denen, die stets Herrschaft wollen, den ewig Herrschenden, mit ihrer Hetz-Intervention geschändet wird.
Im weiteren Sinne ist die französische Revolution nicht eine nationale Befreiungsbewegung, sondern eine universelle - ebendasselbe gilt für die - weniger bekannte - griechische.
(4) Ein Metropolit ist in der griechisch-orthodoxen Kirche so etwas wie ein Diözesanbischof. Messenien ist ein Verwaltungsbezirk im Südwesten der Peloponnes.
(5) Akrodexií diékopsan ekdílosi gia to nomoschédio tis ithajénias, Eleftherotipía, 8. 2. 1010
(6) Siehe dazu u. a.: Bravi ke fasistes sten ASOEE, indymedia Athens, 30. 10. 2010, insbesondere aber: Vivian Benekou, Matina Demeli: Brávi ke choúligan ston … panepistimiakó pólemo, Ethnos, 7. 1. 2009
(7) Me exetásis i chorígisi tis ellinikís ithajénias, Eleftherotipía, 4. 2. 2010
(8) Anti-phorum jia tous metanástes,Eleftherotipía , 2. 11. 2009
(9) http://libcom.org/news/fascist-demo-larissa-smashed-21022010
(Quelle: Aug und Ohr, indymedia 25.02.2010)





Anti-Atom

Wie Hameln lernte die Bombe zu lieben

In der Nähe des kleinen Städtchens Hameln befindet sich ein heute fast in Vergesssenheit geratenes AKW, das AKW Grohnde. Bevor es fast vergessen wurde tobte um den Bauplatz am 19.3.1977 eine der militantesten Auseinandersetzungen der Anti-AKW - Bewegung, aber das ist eine andere Geschichte. Seit 1985 produziert es Atommüll und wohl auch Strom aus Uran, über dessen gewaltförmige Aneignung in diesem Magazin bereits an anderer Stelle berichtet wurde. Doch anscheinend ist es E.On langweilig geworden mit ihren Meiler in Süd - Niedersachsen, und so plant der Konzern dort in Zukunft auch MOX Brennelemente einzusetzen. Und an dieser Stelle kommt die Bombe ins Spiel, in diesem Fall das Britische Atombombenprogramm. MOX bedeutet Mischoxid-Brennelement , und verweist auf den Umstand, dass sich in diesen Brennelementen nicht nur Uran befindet sondern auch Plutonium. 25 Kg je MOX Brennelement, sicherlich genug um damit eine ziemlich beeindruckende "schmutzige" Bombe zu bauen. Nach Japan werden diese Behälter daher nur in militärisch bewaffneten Spezialschiffen transportiert, nach Europa sollen gepanzerte LKWs auf der ehemaligen RoRo-Fähre Atlantic Osprey reichen. Plutonium in Brennelemnte zu stecken erscheint wegen des ungemein größeren Sicherheitsrisikos beim Transport und Einsatz im AKW zunächst unlogisch. Doch mensch darf die Sache nicht von einem AKW aus denken, die Logik beginnt bei einer Atom-Bombe. Im Falle des Transportes nach Grohnde bei einer Britischen.

Bereits kurz nach dem zweiten Weltkrieg begann die britische Regierung hastig ein Atomwaffenprogramm aus dem Boden zustampfen um das alte Empire in den Kreis der Atommächte zu katapultieren. Dafür brauchte es Reaktoren die bombenfähiges Plutonim erzeugten, welches man dann aus den dort verwendeten Brennstäben extrahierte und für den Bombenbau verwendete. Der Ort an dem dieses geschah nannnte sich Winsgale, später, nach einer Rektorhavarie, wurde er in Sellafield umbenannt. Hier ging der weltweit erste kommmerzielle Reaktor ans Netz (Calder Hall) und eine Anlage zur Extraktion des Plutoniums wurde gebaut. Erst als die Menge des über die Jahre extrahierten Plutoniums den Bedarf des Militärs überstieg wurde nach einer neuen Verwendung für diesen Überschuß gesucht. Es entstand die Idee das Plutonium erneut in Brennelemente zu mischen und ein zweites Mal durch die Reaktoren zu schleusen. Das Ergebniss war eine weitere, riesige Plutonium Fabrik die mensch nun "Wiederaufbereitungsanlage" nannte,sowie eine Fabrik um mit dem extrahierten Plutonium Brennelemente fertigen. Da der Beginn der Geschichte eben der Bau von Atombomben war, finden sich die Plutoniumfabriken / "Wideraufbereitungsanlagen" auch nur in Ländern die im Besitz der Bombe sind nämlich: USA, Frankreich, Russland, Indien und Großbritanien. Aus dem Rahmen fallen lediglich Japan und Nord Korea, wobei anscheinend nur Nord Korea der Griff nach der Bombe verübelt wird. Nebenbei erklärt sich so auch in Teilen weshalb die BRD so hartnäckig am Bau der WAA Wackersdorf festgehalten hat.

Außer der Entsorgung von Plutonium wittterte die BNFL (British nuklear fuels) ein lukratives Geschäft, und errichtete in Sellafield für rund eine Milliarde Euro ein weiteres Werk zur Produktion von MOX-Brennelementen. Doch was im kleinen militärischen Rahmen erprobt war, erwies sich im Großen als Desaster. 1999 wurde bekannt, dass in der MOX-Fabrik Arbeiter

Normalbetrieb

21.1. 2010 Gronau

In der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau trat Uranhexafluorid aus. Ein Arbeiter wurde kontaminiert und zunächst in ein Gronauer Krankenhaus gebracht. Bei ihm wurde Uran im Urin festgestellt.

18.02.2010 Dukovany

In einem Schalterraum des tschechischen AKWs Dukovany kam es zu einem Brand.
Quelle: ORF

24.2.10 Flamanville

Das neue Atomkraftwerk im nordfranzösischen Flamanville wird nach Informationen der französischen Tageszeitung ´Le Figaro´ frühstens 2014 Strom produzieren. Die Bauarbeiten am zweiten Europäischen Druckwasserreaktor (EPR) seien mindestens zwei Jahre im Verzug.
Aktion

07.02.2010 Hameln

Über 600 Atomkraftgegner aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligten sich gestern in Hameln an der von einem breiten Bündnis organisierten Demonstration gegen den geplanten MOX-Brennstoff-Transport aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield zum Atomkraftwerk Grohnde.

21.02.2010 Gorleben

Karneval in Gorleben - Konfettischlacht und Büttenreden
120 Atomkraftgegner waren dem Aufruf der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) gefolgt und waren zum Politkarneval in Gorleben gekommen. Ganz karnevalsgemäß wurden Kamellen unter´s Demo-Volk geworfen und zu Schlagermusik groovte der bunte Zug bei strahlendem Sonnenschein durch die Winterlandschaft.

Die BI Lüchow -Dannenberg und zahlreiche andere Initiativen rufen dazu auf, am 24.4.10, dem Tschernobyl Jahrestag am AKW Krümmel deutlich zu machen das dieser Schrotthaufen niemehr an Netz gehen darf.
Weitere Informationen unter: Contratom.de

in der Qualitätssicherung Daten fälschten, woraufhin Japan und auch die BRD zunächst die Einfuhr von MOX Brennelementen untersagten. 2005 fiel bei der Inventarisierung des radioaktiven Materials auf, das rund 29.6 Kilogramm Plutonium fehlten, von denen mensch beinahe hofft das es sich nur um einen Rechenfehler handelt, und das Material nicht auf dem internationalen Waffenmarkt landete. Im April 2009 veröffentlichen britische Medien , dass in der MOX-Anlage Sellafield in den sieben Jahren seit Inbetriebnahme insgesamt nur 6,3 Tonnen Brennstoff hergestellt wurden, aus denen 12 MOX-Brennelemente für das Schweizer Kraftwerk in Beznau gefertigt wurden. 2007 wurde mit der Brennelementherstellung für das AKW Grohnde begonnen, an dass in diesem Frühjahr 8 von isngesammt 64 MOX-Brennelementegeliefert werden sollen.
Doch gegen diese Transporte regt sich ungewöhnlich viel Protest. Nach einer Polizeiübung in Cuxhaven, wehrte sich der Rat der Stadt gegen die Pläne E.ON s die Transporte dort abzuwickeln. Und auch die Städte Stade, Brake, Bremen, Bremerhaven, Wilhelmshaven und Emden haben sich gegen Transporte über ihr Stadtgebiet ausgesprochen. Aktuell besteht nur noch die Möglichkeit eines Transportes über Nordenhamm oder Hamburg.
Auch in Grohnde bzw. Hameln regt sich Protest. Am 6.2. demonstrierten mehr als 600 Menschen gegen die geplanten Transporte, und kündigten an diese verhindern zu wollen. Nicht alle in Hameln lieben also die "Bombe" die Brennstab daher kommt.



IKEA zu Kleinholz machen!

Für vielfältige, selbstbestimmte Projekte und Kultur im Frappant-Gebäude!

Wir unterstützen die Kundgebung und den anschließenden Stadtteilspaziergang der Initiative "Kein Ikea in Altona" am Montag 15.2. und rufen alle zur Teilnahme auf. An diesem Tag läuft für Ikea das Rücktrittsrecht vom Kaufvertrag aus. Gleichzeitig soll an diesem Tag ein Bauvorbescheid die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erstellt werden. Wir stehen Bürgerbegehren kritisch gegenüber, weil diese in der politischen Realität vor allem dazu dienen Ressentiments einen legitimen Anstrich zu geben. Während z.B. Bürgerbegehren gegen Drogenhilfeeinrichtungen sicheren Erfolg versprechen und von der Politik ebenso tatkräftig umgesetzt werden wie eine Ansiedlung von IKEA, werden Bürgerbegehren, die politisch nicht gewollt werden schlichtweg übergangen. Wo eine Mehrheit sich gegen die Rechte und Bedürfnisse einer Minderheit ausspricht, darf dies nicht die Legitimation von Vertreibung und Ausgrenzung werden. Einen solchen Prozess wird die Ansiedlung von IKEA durch eine anschliessende Aufwertung und steigende Mieten aber zweifellos hervorrufen.
Viele von uns haben sich am Bürgerbegehren von vorne herein nicht beteiligt. Einerseits da es in stadtplanerischen Prozessen nicht um Mehrheitsverhältnisse, sondern um legitime Bedürfnisse von Menschen geht, die sich weder objektivieren noch als Diktat der Mehrheit unsichtbar machen lassen. Andererseits weil klar ist das ein Ergebnis gegen IKEA ohnehin langfristig ausgehebelt und ignoriert würde. Mitbestimmung wird durch Bürgerbegehren vor allem simuliert, während die ökonomischen Rahmenbedingungen in Wirklichkeit den weiteren Verlauf diktieren.
Wir wollen uns weder privatwirtschaftlichen Standortinteressen beugen noch Lebensentwürfe annehmen, die als kleinster gemeinsamer Nenner funktionieren. Stadt ist für uns kein Ort einer bürgerlichen Norm, der es sich als Vorraussetzung für das Recht auf Teilhabe zu unterwerfen gilt, sondern die Verdichtung von Unterschiedlichkeit. Stadt nimmt deshalb für uns die Form der Menschen an, die in ihr leben und nicht umgekehrt wir die Form der Verkaufsflächen, Promenaden und Lieferanteneingänge.
Die Neue Große Bergstraße wird in den Medien immer wieder als als tot, anachronistisch und nicht verwertbar dargestellt, das Frappant als hässlicher Klotz. Ähnlich ergeht es uns als Rote Flora. Wir teilen dies mit vielen anderen hier in der Stadt. Illegalisierte Flüchtlinge, Obdachlose, Drogenkonsument_innen und Jugendliche aus den Vororten sind der "Dreck", den Innensenatoren und Stadtplaner gegen die Unwirtlichkeit der Städte beseitigen wollen. Gewünscht ist, was dem Konsum gut tut. Vertrieben wird, was diesem schadet oder einfach nicht ins Bild passt. Solange Kapitalismus als Grundlage der Stadtentwicklung existiert, wird sich dies auch nicht ändern. Deshalb richtet sich unser Widerstand nicht nur gegen deren schlimmste Auswüchse, sondern gegen das ganze verdammte System, welches uns als alternativlose Form des Zusammenlebens verkauft wird. Wir wollen die Verhältnisse nicht reformieren und auch nicht Teil von runden Tischen oder sonstigen Mitbestimmungs-Alibiveranstaltungen sein.
Der Senat bastelt an einer Stadt wie ein Billy Regal. Funktional, praktisch, profitabel. Da passt es natürlich, auf den Stecksystemelementeprofi zurückzugreifen, um Altona-Altstadt ein eben solches Profil zu verleihen. Die Politik und Ole von Beust stellen sich zunehmend als Moderatoren dar. "Partikularinteressen" der Bevölkerung müssten, zugunsten des Gemeinsamen ausgehandelt werden. Aber es gibt weder objektive Interessen noch gleichberechtigte Verhältnisse der Beteiligten: Wieviel Bedeutung hat wohl die Stimme und das Interesse einer Obdachlosen gegenüber dem eines Eigenheimbesitzers, vor dessen Tür sie lebt?

Die Ergebnisse solcher "Aushandlungsprozesse" sind vorgegeben. Und zwar nicht durch die existenziellen Bedürfnisse der Anwohner_innen, sondern die ökonomischen Rahmenbedingungen, die das Zusammenleben dirigieren. Dies ist auch der einzige Grund, weshalb IKEA nicht in die defizitäre Elbphilharmonie zieht, um der vergleichsweise trostlos dahinvegetierenden Investitionsruine Hafencity endlich ein erhofftes Gefühl des Aufbruchs zu verschaffen, sondern in das Frappant Gebäude, um dort ein bestehendes Kulturprojekt platt zu machen. Der Senat und Bezirk moderieren nicht unterschiedliche Interessen, sondern sind verantwortlich für die Verhältnisse, die diese regulieren.
Wenn wir IKEA angreifen, dann vor allem deshalb, weil wir die politischen Verhältnisse, den Senat und Bezirk angreifen und kritisieren. Als vereinnahmbarer und kreativer stadtplanerischer Faktor sind wir nicht zu haben. Wir suchen nicht den Dialog, sondern Widerspruch, Konflikt und Selbstinszenierungen als Aneignung des öffentlichen Raumes.
Wir lieben die Brachflächen und das Totgeglaubte, weil wir uns selbst darin lebendig vorfinden. Es sind Orte, die wir besetzen, gestalten oder einfach nur betrachten können um den Blick frei auf die Verhältnisse zu haben. Das Frappant ist für uns ein Projekt des Auf- und Umbruchs, die Neue Große Bergstraße ein urbaner Ort dessen Sperrigkeit wir erhalten wollen. IKEA dagegen die selbe Aussicht wie an jeder zweiten Autobahnauffahrt. Vor kurzem wurde in der Presse gar die mögliche Ansiedlung einer C&A Resterampe als großer politischer Erfolg und Beweis der positiven Dynamik durch IKEA gewertet. Ein Stadtteil, in dem solche Schnäppchen mehr wiegen als das Bedürfnis der Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben, drückt einen Gegensatz aus, der unvereinbar bleibt und nicht zu befrieden ist.
IKEA will nach eigener Aussage nur kommmen, wenn es keine länger anhaltenden Proteste gibt. Wenn IKEA, der Bezirk oder Senat glauben, die Auseinandersetzung sei nun gewonnen, dann liegen sie falsch. Sie fängt erst an. Wir verweisen auf die Erfahrungen um das Musicalprojekt "Phantom der Oper", welches heute anstelle der Roten Flora stände, wäre es nicht nach Baubeginn durch militante Aktionen und Proteste gekippt worden.

Rote Flora Plenum
10.02.10

Hausdurchsuchung der Rote Straße in Göttingen

Für linke Politik und Alltag - Gegen die Kriminalisierung antirassistischer Politik

Am 27. Januar 2010 verschaffte sich ein Einsatzkommando der Polizei Zugang zu einer linken Göttinger Wohngemeinschaft. Während ein Großaufgebot an Einsatzkräften die Rote Straße absperrte, inspizierten die Beamt_innen zunächst in Abwesenheit der im Wohnzimmer festgehaltenen Bewohner_innen das Haus, ohne einen Durchsuchungsbeschluss vorzulegen. Durchsucht wurden mehrere Zimmer von Bewohner_innen, sowie das Wohnzimmer und der Dachboden.
Als Vorwand galt der Polizei eine vermeintliche Spur, die ein sogenannter Mantrailer-Hund, der auf das Auffinden menschlicher Duftspuren spezialisiert ist, vom Kreishaus aus aufgenommen und bis zur Roten Straße verfolgt haben soll (trotz Schneefalls und Tauwetters auch noch nach fünf Tagen). Weit deutlicher auffindbar ist da die Spur der öffentlichen Empörung in Internet-Foren (etwa des Göttinger Tageblatts), wo die vermeintlich unangreifbare Objektivität einer Hundenase dazu herangezogen wird um jede Thematisierung der politischen Zweckmäßigkeit dieser repressiven Maßnahme zu diskreditieren.
Ebenso fragwürdig wie die bislang von der Polizei und den Medien gelieferten Antworten sind die Grundlagen für die Hausdurchsuchung, da bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einmal Klarheit darüber besteht, ob es sich bei dem Brand im Kreishaus überhaupt um einen Anschlag, oder nicht vielmehr einen technischen Defekt gehandelt hat.
Der Frage danach, woher die Ursprungsspur überhaupt stamme, wichen die Polizeisprecher_innen auf der Pressekonferenz am Donnerstag aus; ein konkreter Spurenträger wurde von Kripo-Chef Volker Warnecke nicht benannt. Laut eines monsters of goettingen-Artikels vom 28.1.2010 sagte Warnecke weiterhin, dass die Tiere an den Bewohner_innen gar nicht angeschlagen hätten. Selbst wenn der Hund eine Spur aufgenommen haben sollte, bliebe immer noch zu klären, welche von den zahlreichen Leuten, die an diesem Tag im Kreishaus gewesen sein mögen, er sich wie ausgesucht hat. Alle, die an diesem Tag da gewesen sind, hätten dann ja wohl betroffen sein können. Eine Durchsuchung, in der erst die Antworten und dann die Fragen gefunden werden sollen, scheint in jeder Hinsicht grotesk. Reflexartige Vorverurteilungen diverser Kommentator_innen in den Internet-Foren veranschaulichen den gravierenden Schwund demokratischen Bewusstseins innerhalb Teilen der Zivilgesellschaft. Ansonsten würde fragwürdiges polizeiliches Vorgehen wie dieses hinterfragt und kritischer beurteilt werden. Die unbequeme Frage, warum die Polizei trotz aller Ungereimtheiten so agierte, müssen sich wohl oder übel auch diejenigen stellen, die sonst meinen, rückhaltlos auf den Rechtsstaat vertrauen zu können. Dass ein Richter einen Durchsuchungsbeschluss auf einer solch vagen Beweisgrundlage überhaupt unterschreibt, ist ein Skandal.

Politische Verfolgung und Repression in Göttingen und anderswo

Diese Hausdurchsuchung reiht sich nahtlos ein in eine Reihe von Repressionsmaßnahmen, die linke Aktive in Göttingen über die letzten Jahre hinweg erfahren haben. Am 7.9.2008 wurde ein Haus in der Geismar Landstraße durchsucht, was mittlerweile vom Verwaltungsgericht als rechtswidrig erklärt wurde. Im Zuge der Erkämpfung des "Autonomicums", eines selbstverwalteten Cafés am Uni-Campus, wurde eine Person trotz brüchiger Beweislage wegen Landfriedensbruchs bei einer Demonstration verurteilt. Im Herbst 2009 wurden Aktivist_innen aus Göttingen im Zusammenhang mit einer antirassistischen Demonstration in Hamburg unter fadenscheinigen Vorwänden angeklagt. Dem Richter blieb aufgrund des entlastenden Beweismaterials nichts anderes übrig als der Freispruch; weiterhin musste er in aller Öffentlichkeit diverse Rechtsbrüche von Seiten der Verfolgungsbehörden aufdecken. Eine Spontandemonstration durch die Göttinger Innenstadt, die ihre Solidarität mit der Räumung eines Hausprojektes in Erfurt zum Ausdruck bringen wollte, wurde von der Polizei über Stunden eingekesselt und die Teilnehmer_innen mit 42 Anzeigen wegen Landfriedensbruchs überzogen; auch diese sind mittlerweile größtenteils fallen gelasssen worden. Ebenso unverhältnismäßig war das Polizeiaufgebot bei der Demonstration zum Gedenken an den 20. Todestag von Conny Wessmann und der Einsatz an der Todesstelle der Antifaschistin.
Es handelt sich bei diesen Ereignissen nicht um Einzelfälle. Vielmehr offenbart sich hier ein Wechsel des politischen Klimas in der Bundesrepublik, das sich gegen linke und emanzipatorische Politik richtet. Die städ-

tischen Ereignisse sind Teil dieser bundesweiten Tendenz.
Vor den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm durchsuchte die Polizei mehrere (Haus-)Projekte in Berlin und Hamburg. Dabei äußerte sich ein Ermittlungsbeamter aufschlussreich gegenüber Spiegel-Online (Artikel vom 10.Mai 2007): "Wir haben in den Busch geschossen, nun sehen wir, was und wer sich dort bewegt." Diese Taktik scheint das Gebot der Stunde zu sein: Jüngst wurden in Dresden Büroräume des Bündnisses Dresden nazifrei (bestehend neben diversen antifaschistischen Initiativen ebenfalls aus JuSos, Grünen und Gewerkschaften), und in Berlin Ladenräume des Versandhandels Red Stuff aufgrund von Plakaten, auf denen zur Blockad des Nazi-Großaufmarsches aufgerufen wurde, durchsucht. Hier wird zum wiederholten Male kritisches gesellschaftliches Engagement kriminalisiert.
Und warum das Ganze? Politisches Kalkül mit Signalwirkung für die öffentliche Debatte Hausdurchsuchungen stellen immer eine gravierende Verletzung der Privatsphäre dar. Durch die Kriminalisierung und das Eindringen in private Räume sollen einzelne Menschen in ihrem Alltag isoliert und handlungsunfähig gemacht werden. Nachhhaltige psychologische Belastungen der Betroffenen werden bei diesen Maßnahmen bewusst in Kauf genommen.
Repression zielt darüber hinaus willkürlich auf alle, die sich in linken Räumen oder auf emanzipatorischen Veranstaltungen bewegen. So mussten die Besucher_innen des Konzerts von Microphone Mafia und der Holocaust-Überlebenden Esther Bejarano anlässlich des Tages der Befreiung von Auschwitz das Alte Rathaus durch ein Polizeispalier verlassen - und wurden dabei abgefilmt. Das Bündnis Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus - 27.Januar, das dieses Konzert ausrichtete, verurteilt in einer Pressemitteilung vom 28. Januar 2010 das Vorgehen der Göttinger Polizei aufs Schärfste. Was dieser Tage in dieser Stadt (aber auch in der gesamten Bundesrepublik) passiert, ist leicht ersichtlich: Links aktive Menschen und emanzipatorische politische Projekte sollen kriminalisiert und in der Öffentlichkeit isoliert und diskreditiert werden.
Zeitgleich mit der Entwicklung lautstarken Protests gegen die Abschiebungen in den letzten Wochen, wird der Brand in der Teeküche jetzt dazu genutzt, antirassistische Politik in Göttingen zu verfolgen. Während die lokalen Medien den Vorfall im Kreishaus bereits als "Brandanschlag" titulierten, scheinen Teile der Stadt schon auf Täter_innen-Suche zu gehen. Als diese gelten vielen Sensationshungrigen schon jetzt die Bewohner_innen des durchsuchten Hauses und vermutlich auch ihr Umfeld. Über diese Diskussionen und das skandalöse Vorgehen der Polizei gelangt das eigentlich zu Kritisierende, nämlich die massenhaften Abschiebungen von Roma in Elend, Armut und Verfolgung im Kosovo, in den Hintergrund.
Wir wollen diesem vorschnellen und reaktionären Verurteilen mit unserer Demonstration am 30. Januar 2010 etwas entgegensetzen und uns solidarisch mit den von Abschiebungen Betroffenen erklären.
Wir appellieren überdies an die Vernunft der Göttinger Bürgerinnen und Bürger und fordern zivilgesellschaftliches Engagement gegen die Kriminalisierung linker und emanzipatorischer Politik.

Die Bewohner_innen der Roten Straße
redstreet.blogsport.de

Über 600 Menschen haben sich am 30. Januar 2010 in Göttingen an einer Demonstration gegen die Razzia in der Roten



Straße am vergangenen Mittwoch, 27. Januar, und die Kriminalisierung antirassistischer Praxis beteiligt. Die Demonstration musste jedoch ausgerechnet vor den Häusern der Roten Straße nach Polizeiübergriffen abgebrochen werden. Nach mindestens zwei Festnahmen wurde die Demonstration vorzeitig aufgelöst. 14 Menschen wurden bei mehreren massiven Pfeffersprayeinsätzen der Polizei verletzt, 4 weitere durch Knüppel- und Faustschläge. Einer Person wurde dabei das Nasenbein gebrochen. "Die Provokationen und anschließenden Übergriffe durch die Polizei kamen völlig überraschend und anscheinend aus der Luft gegriffen. Die eingesetzten BeamtInnen zielten zum Teil offenbar bewusst auf Verletzungen der TeilnehmerInnen ab.

Szeneperistaltik

Gegen linken Konservatismus - zum ständigen Gezänk zwischen Antideutschen und Antiimps

Die Auseinandersetzungen im Gefolge der Verhinderung des Films "Pourquoi Israël" von Claude Lanzmann im Oktober ´09 im Hamburger Szenekino B-Movie, die nicht mehr zählbaren Papiere und Statements dafür oder dagegen, v.a. natürlich dagegen, die antideutsche Demo mit 350 TeilnehmerInnen und das beinah weltweite Aufsehen, das das aufgebrachte Geschrei um diese törichte Aktion ausgelöst hat, die noch gar nicht absehbaren Folgen für die Hamburger Linke sind Auslöser, das folgende niederzuschreiben. Vorm B-Movie und in der Folge eskalierte ein seit Jahren schwelender Konflikt, der geprägt ist vom gegenseitigen Versuch zweier Strömungen einander mundtot zu machen. Das verbal und gelegentlich auch physisch mit brachialen Mitteln ausgetragene Gezänk von Antideutschen und Antiimps dominiert mal mehr, mal weniger Diskussionen und Praxis der radikalen Linken - und behindert sie damit enorm. Mal mehr, mal weniger gelingt es einem der Flügel, andere politische Strömungen für sich einzuspannen. Wir könnten uns damit beruhigen, daß hier geistige Not mit intellektuellem Elend eine selbstzerstörerische Symbiose eingehen. Letztendlich denunzieren beide Seiten sich mit ihren durchgeknallten Positionen selbst, könnten uns also egal sein, wenn, ja wenn ihre Auseinandersetzung nicht weit in die Linke hineinwirken würde - wie der breit getragene Aufruf zur antideutschen Demo am 13.12. gezeigt hat. Es soll an dieser Stelle nicht um die konkrete Auseinandersetzung gehen, sondern wir werden Verhaltensweisen und Denkmuster kritisieren, die in der hiesigen Linken weit verbreitet sind. Hierin sehen wir die wirklichen Ursachen dafür, daß die Denunziation der sachlichen Auseinandersetzung vorgezogen wird, daß man sich bestenfalls ignoriert und schlimmstenfalls die Fäuste fliegen. In einer Zeit, in der es scheint, als könnten wir unsere Ziele nie-

mals erreichen, verlagert sich das Interesse auf Nebenschauplätze, in die sodann alle Kraft gesteckt wird. Nach dem Motto, wenn wir das Schlechte dieser Gesellschaft schon nicht verändern können, wollen wir wenigstens in der eigenen Szene unsere moralischen Vorstellungen durchdrücken. Der andersdenkende Mitstreiter findet sich plötzlich in der Rolle des primären politischen Gegners wieder.

Rechthaberei und Verächtlichmachung anderer Positionen

Linker Konservatismus drückt sich in dem Axiom aus, nur der eigene Standpunkt sei der einzig richtige und alle anderen Positionen sind eigentlich nicht mehr links (in der Regel antisemitisch oder proimperialistisch). Man lese dazu einmal antideutsche Texte. Die dortigen AutorInnen stilisieren sich wortreich zu Alleswissern und intellektuellen Alles-Zermalmern, die den angeblich in der Linken grassierenden Antisemitismus als einzige erkannt und kritisiert haben. Wo eine Kritik an der einseitigen und unsensiblen (weil unter Außerachtlassen des eigenen Standorts, nämlich dem Land der Shoah) Palästina-Solidarität dringend ist, kehren sie deren Argumentationsmuster um und verlangen eine unkritische Solidarität mit Israel als der Zufluchtsstätte für die Opfer des Antisemitismus. Sie blenden dabei aus, daß Israel eben nicht nur Refugium für Juden und Jüdinnen ist, sondern auch ein ganz normaler Nationalstaat und desweiteren ein Staat, der einen Anteil daran hat (aber keineswegs allein dafür verantwortlich zu machen ist), daß er immer noch nicht in Frieden mit seinen Nachbarn lebt. Israel ist eine historische Notwendigkeit, es besteht jedoch keine Ursache Israel zu glorifizieren. Die antideutschen DenunziantInnen eines jeden linken Widerparts gebrauchen den Antisemitismus-Vorwurf derart inflationär, daß er in ihrer Argumentation, ohne daß sie dessen gewahr würden, jede Trennschärfe und analytische Qualität eingebüßt hat. Genau betrachtet verharmlosen Antideutsche auf diese Weise den real existierenden Antisemitismus. Aber auch ihr selbst erwählter Contrepart (selbstgewählt von beiden Seiten), die sog. Antiimps (nach der gegenwärtigen Verwendung dieses Begriffs für AnhängerInnen einer sehr traditionellen und zumeist unkritischen Solidarität mit den verschiedensten antiimperialistischen Bewegungen weltweit), ist wenig mehr als die andere Seite dieser Medaille: Die Analysen, die ihrer trüben Gedankenwelt entspringen, sind ein lauwarmer Aufguß vergleichbarer Ansichten der 1980er Jahre. Sie sind den Antiimps quasi ewig gültige Wahrheiten. Neue Aspekte und Kritiken werden von ihnen nicht lediglich verworfen, vielmehr hat es den Anschein, als würde über sie gar nicht erst nachgedacht. Dem kritischen - wenn auch bestimmt nicht immer richtigen - Diskurs über Sinn und Unsinn von "Volksbefreiung" oder "Antizionismus" haben sie sich konsequent verweigert und geben in ihren Publikationen daher einen stets altbackenen, überkommenen Eindruck ab. Kritiken an tradierten Auffassungen in der Linken werden nur zur Kenntnis genommen, um Munition für die eigenen Erklärungen gegen die KritikerInnen zu gewinnen. Deshalb wirken Diskussionspapiere aus diesen Kreisen nicht nur ungeheuer angestaubt, sondern eben auch ahnungslos. Und ein Besuch in der B5 hat etwas von einer Zeitreise in die Vergangenheit. Dieses Spektrum steht moderneren Formen des Antisemitismus hilflos gegenüber: Der hier immer wieder angeführte Vergleich einzelner Facetten der israelischen Besatzungspolitik mit den Verbrechen des deutschen Faschismus bestärkt letzendlich all jene, die die deutschen Verbrechen mit der "Erkenntnis" verharmlosen möchten, wo anders gehe es doch ebenfalls recht übel zur Sache. Niemals wurde in diesen Kreisen zur Kenntnis genommen, wie sehr die NS-Vergleicherei in der deutschen Bevölkerung einer Schuldabwehr dient.

Moralischer Rigorismus

Beide Seiten sind in ihren Äußerungen und ihrem Handeln stark moralisch und weit weniger als sie selber sich gern darstellen von einer kritischen Gesellschaftsanalyse geprägt. Hinter ihrer Parteinahme für jeweils eine Seite des Israel-Palästina- Konflikts verschwinden Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft zwar nicht vollständig, werden aber zur Randerscheinung. Die moralisch fundierte Parteinahme entweder für "die" PalästinenserInnen oder "die" Israelis führt zu einem Austrag eines stellvertretenden Nahost-Konflikts in der BRD, wie er absurder nicht sein könnte. Beide Seiten verstecken sich hinter Nationalstaaten resp. Nationalstaatsgründungsorganisationen und sind in derem bürgerlichen Denken gefangen. Auf der einen Seite Verherrlichung der imperialistischen Staaten als "Zivilisation", auf der anderen Seite ein völlig verlotterter Halbmarxismus, der bestenfalls auf die Unterstützung staatskapitalistischer Elendsverwaltung hinausläuft. Es drängt sich der Eindruck auf, daß sich, je handlungsunfähiger und gesellschaftlich marginalisierter die deutsche Linke ist, umso lauthalser der Antideutschen-Antiimp- Streit in den Mittelpunkt zu drängen vermag.

Suche nach Identität

Die bürgerliche Gesellschaft erzeugt ständig neu Konformität - nur wer mitmacht und Einverständnis bekundet ist ihr akzeptiertes Mitglied - alle anderen setzen sich der Gefahr aus, in eine Außenseiterposition abgedrängt zu werden. Auf der anderen Seite ist ausschließlich "graue Masse" langweilig (und damit auch geschäftsschädigend), so daß ständig der Ruf nach dem Besonderen, Einzigarten laut wird, das der oder die Einzelne darzustellen habe. So wird die eingeforderte Individualität zur Attitüde, zur Distinktion zum Zwecke gesellschaftlicher Teilhabe. Die Möglichkeiten der Zugehörigkeit zu allerlei Szenen, des Angebots diverser Moden, unter einer Unzahl von Hobbies auszuwählen oder des Anhängens an Traditionen, helfen nach außen eine Persönlichkeit darzustellen (eben auch da, wo gar keine vorhanden ist). Neben vielen anderen Varianten, sich ein Image als pseudoindividuelles Kennzeichen zu verschaffen, macht - was zunächst widersinnig klingt - auch linke Politik unausgesprochen Angebote einer Identitätsfindung außerhalb des gesellschaftlichen Mainstreams. Welcher links orientierte Jugendliche bewundert nicht den gesetzlosen Militanten, den weder Normen noch deren staatliche VollstrekkerInnen zu interessieren scheinen. Antiimps und Antideutsche haben hier ganz einzigartige Angebote zu machen, um sich einer In-Group zugehörig fühlen zu können und sich von der "Masse" auch der übrigen Linken abzugrenzen. Diese stete Abgrenzung von "den Anderen" ist konstitutives Moment beider Strömungen, wie sie sich derzeit präsentieren; womöglich gäbe es beide ohne diese Abgrenzungspolitik gar nicht. Während das theoretische Rüstzeug der einen zu flach, ihre Außendarstellung (in diesen Kreisen noch ganz klassisch als Agitation und Propaganda bezeichnet) zu altmodisch ist, um Anziehungskraft zu entfalten, ist das Gedankengebäude der anderen zu absurd, um ohne identitäre Motivationen des Mitmachens auszukommen. Beide Strömungen haben ein eigenes, unverwechselbares Erscheinungsbild entwickelt. Während die Antideutschen sich gern sehr modern, der Zeit voraus, gerieren und sich das Image der entschiedensten KritikerInnen anmaßen, geben sich die Antiimps hemdsärmlig als die entschlossensten Fighter gegen den Imperialismus. Beispielhaft mag für die ersten der Name einer dieser Truppen stehen: "sous la plage" heißt übersetzt "unter dem Strand" und rekurriert auf die ´70er Parole "unter dem Pflaster liegt der Strand": Sie schürfen eben noch tiefer und sehen nach, was denn unter dem Strand noch zu finden wäre. Für zweitere ist die gern ´mal - scheinbar nur nebenbei - einge-

sträute Bemerkung charakteristisch, wenn sie wegen ihre Gewaltbereitschaft innerhalb der Linken kritisiert werden, dies sei doch gar nicht so gravierend, mensch habe schließlich auch ehemalige Guerillakämpfer in den eigenen Reihen (und unausgesprochen: diese echten Kerle sind ganz anderes gewohnt). Aus diesem ganzen Gehabe spricht mehr Eitelkeit als Ernsthaftigkeit in der politischen Auseinandersetzung. Aber: Beide brauchen´s, um ihre Läden zusammmenzuhalten, daher ihre Unbedingheit und Kompromißlosigkeit.

Perspektivlosigkeit

Beide Seiten der Medaille sind auch ein Ausfluß der derzeitigen Perspektivlosigkeit linksradikaler Politik. Die Antideutschen haben daraus den Schluß gezogen, daß, wenn es mit der (welt)revolutionären Veränderung schon keinen Zweck mehr habe, mensch wenigstens verhindern solle, daß sich das schlimmste Menschheitsverbrechen der Moderne - der Holocaust - wiederhole. Dieses ehrenwerte Anliegen wurde von einigen AkteurInnen im Laufe der Zeit in eine Lobbyarbeit für die israelische Regierungspolitik überführt und damit der Lächerlichkeit preisgegeben. Eine ernsthafte Analyse und Bekämpfung des real existierenden Antisemitismus hierzulande findet in diesen Kreisen längst nicht mehr statt. Sie haben den schwerwiegenden Vorwurf des Antisemitismus zum Schlagwort in innerlinkem Macht- und Einflußgerangel verkommen lassen. Aber auch die Antiimps haben ihre Kompensation der hiesigen unerfreulichen Zustände durch die Projektion ihres romantisch verklärten bewaffneten Kampfes auf alles, was irgendwo in der Welt knallt und schießt, gefunden. Dabei lassen sie allzugern außer acht, was da für AkteurInnen auf dem Platz stehen. Es sollte doch eigentlich selbstverständlich sein, daß, wenn man sich irgendwie auf Palästina bezieht, mitgedacht werden muß, daß die dortigen Hauptbeteiligten des "Widerstands" eben die faschistoiden IslamistInnen der Hamas sind. Wer das unterschlägt oder gar mit der Parole verteidigt, diese seien "objektiv antiimperialistisch", weil sie eben gegen Israel und die USA kämpften, hat das Ziel einer befreiten Gesellschaft aus den Augen verloren. Ihre Art von Theorie ist beiden Seiten nicht Teil ihres Ringens um eine bessere Welt, sondern ein Haltegriff, um in den komplizierten tatgtäglichen Auseinandersetzungen nicht ins Schlingern zu geraten. Die einen schätzen es, in einer bemüht akademischen Sprache mit ihren Theorieversatzstücken um sich zu schmeißen. Nachwuchsantideutsche sind häufig als Jugendliche in die autonome Szene gegangen und mußten später bei ihren ersten intellektuellen Gehversuchen an der Universität feststellen, daß ihre eigenen Szene theoretisch kaum unterfüttert ist. In dieser Situation bieten sich die Antideutschen mit ihrem Sprachbombast geradezu an zum Erwerb der nun neuen Identität als kritische Intellektuelle. Wer antideutsche Texte liest, wird feststellen, daß zumeist mit einem elaborierten Sprach- und Formulierungsschatz umgegangen wird, daß aber der Inhalt dazu in keinem Verhältnis steht. Sprache wird hier auf Distinktion getrimmt und reduziert. Ihr Antiimp-Pendant kommt da ganz anders und doch so gleich daher. Auch hier kommt es nicht vornehmlich auf die Richtigkeit dessen, was mensch sagt (oder schreibt), an, sondern darauf, wie es vorgetragen wird. Wo das Image des gestählten, seiner selbst absolut sicheren Kämpfers dargeboten werden soll, muß die Theorie dem entsprechen. Ihr Inhalt hat sich seit bald 100 Jahren nicht verändert, abgesehen von einem Update in den ´70ern, ihre Wahrheiten sind die stets gleichen, immerwährenden. Der dort geliebte Leninismus oder Maoismus wird auf griffige Formeln ´runtergebrochen. Wenn aber ein Theoriegebäude seit mehreren Jahrzehnten nicht verändert wurde, bedeutet dies entweder, die Welt hat sich nicht gewandelt oder die Theorie ist längst überholt. Aber auch sollte letzteres der Fall sein, in Antiimp-Kreisen würd´s eh keinen stören! Politische Theorie dient beiden Strömungen nur der gegenseitigen Identitätsversicherung und will weit weniger zu einer Auseinandersetzung über die Welt, in der wir leben, und wie sie zu verändern wäre, beitragen. Die moralische Reinheit der eigenen Szene, ihrer Ideen und Veröffentlichungen ist beiden weit wichtiger als der Versuch, zu überzeugen, Menschen für die Vorstellungen einer anderen Welt zu gewinnen. Weder Antideutsche noch Antiimps tragen zur gesellschaftlichen Emanzipation bei. Hier nicht - und auch nicht in Israel und Palästina. Beiden Seiten ist der Gedanke fremd, daß eine radikale Linke Veränderung nicht nur erfordert, sondern daß sie geradezu ihr Bewegungsprinzip ist. Als EinwohnerInnen eines bürgerlichen Staates, die eine andere, freie Gesellschaft anstreben, frei von Ausbeutung und Unterdrückung, dafür selbstbestimmt und kollektiv organisiert, stehen wir täglich zwischen dem, was uns diese Gesellschaft aufzwingt, zwischen bürgerlichen Verhaltensweisen, die wir jahrzahntelang eingeübt haben, und dem, wohin wir wollen. So gesehen sind Fehler vollkommmen unvermeidlich. Sie sind auch überhaupt nichts Schlimmes, solange wir bereit sind, aus ihnen zu lernen. Der Wille zu verändern, auch sich selbst zu verändern, gefaßte Standpunkte zu revidieren, die politische Praxis immer wieder zu überprüfen und eingefahrene Wege zu verlassen ist ein konstitutives Element jeder linksradikalen, revolutionären Bewegung!

Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AG/R), Januar 2010

Rote Flora im März 

Samstag, 06.03.2010 Konzert
Monozid - Postpunk (Leipzig), Velvet Condom - Robot Noise Pop (Berlin/Straßburg) Einlass: 21 Uhr

Sonntag, 07.03.2010 Cafe Offener Hinterhalt
Der offene Hinterhalt sind die Menschen, die ihn machen. Deswegen treffen wir uns an diesem Sonntag, um gemeinsam das "Programm" für die nächsten drei (April, Mai, Juni) Offene Hinterhalte zu planen. Das bedeutet: kommt vorbei, bringt Ideen usw. (z.Bsp. Kuchen…) mit! Wir freuen uns! Jetzt regelmässig dabei: "Alerta" Arbeitsloseninitiative: Beratung, Begleitung, Zusammenhalt. Seit zwei Monaten trifft sich die Arbeitsloseninitiative zeitgleich mit dem offenen Hinterhalt in der Flora und steht für alle Fragen zur Verfügung! Beginn: 16 Uhr

Freitag, 12.03.2010 Soli-Party für Vokü Elmshorn
Electro und Punk als tanzbare Kombi auf zwei Floors:
Live:IndividualPerformer/Antifaelectro/Niederrhein (myspace.com/indiperformer) und Diskochrunch/Electropunk/Hamburg (myspace.com/diskocrunch).
Auflegen werden Rock n Rosa/CLUB XX, FSK, Hafenklang/Hamburg, Antiartich/goldrand.net/Hamburg und MPunkT Messer/Punk, Wave/Hamburg. Und das Ganze hat sogar einen tieferen Sinn: Räume für unkommerzielle Kultur und emanzipatorische Politik existierten in Elmshorn bisher so gut wie nicht. Seit einigen Wochen bauen verschiedene Gruppen ein Zentrum mit Konzertsaal, Bar, Probe- und Gruppenräumen und einer Vokü auf. Bauen ist hier wörtlich zu nehmen, denn es muss einiges gerisssen werden. Diese Party dient der Finanzierung von Baumaterial, damit wir bald hinterm Herd und ihr bei uns am Tisch sitzen könnt. Einlass: 22 Uhr

Samstag, 13.03.2010 Konzert
Skull Defekts + Fröbe + Feine Trinkers bei Pinkels daheim
Ein Radio Gagarin/ TimTimTonTräger Konzert:
Es spielen: Skull Defekts: Außergewöhnlicher noiserock aus Schweden mit Anti-Cimex leuten. Fröbe: Hamburger punk-band auf fidel bastro. Klingen ein wenig nach joy division und wipers. Feine trinker bei pinkels daheim: melodischer elektro-akustischer ambient aus bremen. Einlass: 21 Uhr

Sonntag, 14.03.2010 Antisexismuscafe
Dieses Cafe ist ein Versuch, Antisexismus als wichtigen und festen Bestandteil in der Alternativen Szene wieder zu entdecken. Desweiteren streben wir eine bessere Vernetzung der sich in Hamburg befindlichen Gruppen an. Daraus resultierend ist es eines unserer Ziele, Menschen auf das Problem Alltagssexismus aufmerksamer zu machen. Wir möchten interessierten und betroffenen Menschen eine Anlaufstelle bieten, um Hilfe und Infos zu bekommen. Wir sind keine professionelle Beratungsstelle, aber wir können auch einen Schutzraum geben. Kommt ohne Erwartungen, bringt Euch ein und seid ein Teil vom Ganzen. Wir dulden kein sexistisches, homophobes und rassistisches Verhalten. Beginn: 16 Uhr

Montag, 15.03.2010 Autonome VV
Beginn: 19:30 Uhr

Donnerstag, 18.03.2010 Subspace
Mit: Fad Luigi; Felix Swampland; Ira&I
Einlass: 23 Uhr

Freitag, 19.03.2010 Soliparty und Infoveranstaltung Antifa Mecklenburg-Vorpommern
Auch dieses Jahr wollen wir, das mittlerweile vierte Mal, mit einer Mischung aus Politik und Soliparty, gemeinsam mit Menschen aus der Region, Antifa-Politik in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen. Deshalb wird es am 19.03. erst eine Infoveranstaltung und danach eine Soliparty in der Roten Flora geben.
19.00 Info- und Diskussionsveranstaltung mit vielschichtigen Perspektiven auf die Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte unter dem Beifall ganz normaler Deutscher, in Rostock Lichtenhagen im Jahr 1992. Beginn: Infoveranstaltung 19 Uhr
22.00 Große Antifa-Soliparty mit "eighties & nineties" auf einem Floor, Elektro auf dem anderen Floor, dazu Garderobe und Willkommenssekt bis 23.00. Einlass Party: 22 Uhr

Samstag, 20.03.2010 Soliparty Autonome Jugendantifa
Soliparty für den Jugendkongress im Mai Musik: 80er/90er
Einlass: 22 Uhr

Freitag, 26.03.2010 Dubcafe Soliparty und Konzert
PYRAMIDO (Doom/Downtempo aus Schweden)+ Support
Einlass Konzert: 21 Uhr Einlass Dubcafe-Soliparty: 23 Uhr

Samstag, 27.03.2010 Antifa Soliparty Dresden
BASS THE SYSTEM floor 1: heavy dubstep mit PHOKUS, THE NEXT + guests floor 2: b-more, electro, electrobooty, techno mit USP SOUNDSTATION Einlass: 23 Uhr

Sonntag, 28.03.2010
Hardcore/Punk-Show, End Of A Year, Red Tape Parade, Infos auch: Our Turn Concerts, Einlass: 16 Uhr, Show: 17 Uhr

Montag, 29.03.2010
Lesung (achtet auf weitere Ankündigungen!!)
Einlass: 20 Uhr Mittwoch,

31.03.2010 Konzert
Radio Gagarin, Little Claw, Einlass: 21 Uhr

Regelmässige Termine in der Flora

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) | Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr | Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr | Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) | Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr